

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

**65. Jahrestagung der deutschen Delegation in der Parlamentarischen
Versammlung der NATO vom 11. bis 14. Oktober 2019
in London, Vereinigtes Königreich**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation	2
II. Schwerpunkte der Jahrestagung	2
III. Ständiger Ausschuss	2
IV. Politischer Ausschuss	2
V. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit	7
VI. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit	12
VII. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit	14
VIII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie	18
IX. Plenarsitzung	20
X. Verabschiedete Entschlüsse	25

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

Die 65. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation (North Atlantic Treaty Organization, NATO PA) fand vom 11. bis 14. Oktober 2019 in London, Vereinigtes Königreich statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegationsmitglieder:

Deutscher Bundestag

Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete **Ulla Schmidt** (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter **Jürgen Hardt** (CDU/CSU),
Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (SPD),
Abgeordneter **Dr. Roland Hartwig** (AfD),
Abgeordneter **Gerold Otten** (AfD),
Abgeordneter **Alexander Graf Lambsdorff** (FDP),
Abgeordneter **Tobias Pflüger** (DIE LINKE.),
Abgeordneter **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Bundesrat

Minister **Lorenz Caffier** (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,
Senator **Andreas Geisel** (SPD), Berlin,
Senator **Ullrich Maurer** (SPD), Bremen.

II. Schwerpunkte der Jahrestagung

Schwerpunkte der Jahrestagungen waren die Werte der NATO, das türkische Vorgehen in Nordsyrien, Wirtschaftssanktionen als politisches Instrument sowie der Umgang mit der Russischen Föderation und China. Die Berichte und die Entschließungen sowie die Zusammenfassungen der Beratungen in den Ausschüssen der Jahrestagung sind unter der NATO PA Webseite abrufbar.

III. Ständiger Ausschuss

Am 1. Januar 2020 beginnt die Amtszeit der neuen Generalsekretärin Ruxandra Popa. Der Ständige Ausschuss stimmte ihrem Vorschlag zu, den bisherigen Direktor des Wissenschaftsausschusses, Henrik Bliddal zum stellvertretenden Generalsekretär zu ernennen. Seine Amtszeit beginnt ebenfalls am 1. Januar 2020. Der Ständige Ausschuss diskutierte die vom Berichterstatter Lord Campbell of Pittenweem (Vereinigtes Königreich) überarbeiteten Vorschläge zur Änderung der NATO PV-Geschäftsordnung. Der Berichterstatter hatte die Anregung der deutschen Delegation übernommen, für den Antrag auf ein Amtsenthebungsverfahren ein Mindestquorum von 15 Delegationen vorzusehen.

IV. Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 12. Oktober, und am Sonntag, 13. Oktober 2019, unter dem Vorsitz von **Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die Folgen des Brexits, Werte der NATO, transatlantischen Beziehungen, regionale Sicherheitsdynamik am Golf, Sicherheit und Stabilität in Afrika sowie der Umgang mit Russland und China.

1. Gespräch mit Dominic Raab, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen des Vereinigten Königreichs

Außenminister **Dominic Raab** erklärte, die NATO werde mit gezielten Desinformationen, durch die hybride Kriegsführung, die Bekämpfung von Terrororganisationen und durch die Folgen des technologischen Fortschritts herausgefordert. Die NATO müsse ihre Strategien ständig an diese Herausforderungen anpassen. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim habe die Russische Föderation ihre Missachtung des Völkerrechts verdeutlicht und wiederholt gegen den Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme INF (Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty) verstoßen. Gegenüber der Russischen Föderation sei ein Ansatz erforderlich, der die Möglichkeit der Annäherung unter der Voraussetzung beinhalte, dass das Land zur regelbasierten, völkerrechtlichen Zusammenarbeit zurückkehre. Die NATO müsse an der regelbasierten, internationalen Ordnung festhalten und interne Streitigkeiten vermeiden. Das Bündnis habe beachtliche Fortschritte erzielt, indem es seine Bereitschaft erhöht und durch die Ausweitung der Operationen im Osten eine verbesserte Reaktionsfähigkeit der Truppen erreicht habe. Der Abwehr von Cyberangriffen und der Sicherheit des Weltraums müsse mehr Beachtung geschenkt, Investitionen erhöht, die nationalen Verteidigungsausgaben gesteigert und dem Zwei-Prozent-Ziel angenähert werden.

In der Diskussion wurden im Schwerpunkt die Auswirkungen der türkischen Militäroperation in Nordsyrien und die Verteidigungsfähigkeit der Allianz nach dem Brexit sowie die Zusammenarbeit mit Russland in der Frage der NATO-Erweiterung erörtert. Türkische Mitglieder erklärten, bei dem Vorgehen in Nordsyrien handele es sich um eine Anti-Terror-Operation. Die Türkei erwarte von ihren Partnern im Kampf gegen den Terror mehr Solidarität. Minister **Raab** erwiderte, der Bündnispartner müsse mit größter Zurückhaltung agieren, sich auf die Bekämpfung der Terrormiliz Islamischer Staat konzentrieren und eine Verschlechterung der humanitären Situation verhindern. Der Russischen Föderation dürfe kein faktisches Vetorecht gegen die Aufnahme neuer NATO-Mitglieder zuerkannt werden. Grundsätzlich sei das Vereinigte Königreich zum Dialog unter der Voraussetzung bereit, dass die Russische Föderation das regelbasierte, internationale System akzeptiere. Auf die Fragen, wie sich nach dem Ausscheiden aus der EU das Vereinigte Königreich zu den europäischen Verteidigungsinitiativen verhalten werde und nach den Folgen für die militärische Mobilität führte Minister **Raab** aus, sein Land werde weiterhin gute Beziehungen zu Europa unterhalten und in den kommenden Jahren ein noch besserer europäischer Verbündeter werden. Zur Vermeidung möglicher Einschränkungen in der militärischen Mobilität würden Verhandlungen geführt.

2. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses für transatlantische Beziehungen „NATO @70: Warum die Allianz unverzichtbar bleibt“, vorgelegt von dem Berichterstatter Gerald E. Connolly (Vereinigte Staaten)

Der Berichterstatter erklärte, das Bündnis müsse sich mit der revisionistischen Politik der Russischen Föderation, Neuausrichtungen der internationalen Macht, insbesondere mit China, Instabilität im Süden, Anfälligkeit demokratischer Systeme, zunehmenden Polarisierung innerhalb der Bevölkerung und mit dem gewachsenen Nationalismus innerhalb der Allianz beschäftigen. Er legte drei Empfehlungen vor. Die NATO müsse ihr strategisches Konzept aktualisieren, insbesondere gegenüber der Russischen Föderation und China sowie der wachsenden Bedeutung von Cyber- und Hybridkonflikten. EU und NATO sollten ihre Bemühungen für eine bessere Koordination für die Mobilität der Streitkräfte verstärken. Ein Zentrum für Kompetenz für militärische Mobilität und eins für die Koordinierung der Demokratischen Widerstandskraft (Democratic Resiliency Coordination Centre) sollten errichtet werden.

In der Debatte wurde im Schwerpunkt die Frage diskutiert, ob die Einrichtung eines Zentrums zur Unterstützung bei der Achtung und Einhaltung demokratischer Werte sinnvoll und notwendig sei. Einige Redner verwiesen auf bereits vorhandene Institutionen zur Überwachung und Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Europa und stellten die Zuständigkeit der NATO für die Einhaltung demokratischer Standards in Frage. Berichterstatter **Connolly** führte aus, ein Zentrum könne das Engagement der NATO für ihre Werte demonstrieren. Auf die Frage nach einem möglichen Wettbewerb um begrenzte, militärische Ressourcen müsse die EU sich militärisch organisieren und sich auf bestimmte, militärische Komponenten konzentrieren. Ziel sei eine so stark wie nur mögliche NATO. Mehrere Mitglieder gingen auf die türkische Militäroffensive in Nordsyrien und das mögliche erneute Erstarren der Terrorgruppe Islamischer Staat ein. Die türkische Delegation betonte den Charakter einer Antiterroroperation. Berichterstatter **Connolly** hob die oft unerwünschten Nebenfolgen von Militäroperationen hervor

und forderte, dass die Türkei ihr Vorgehen innerhalb des Bündnisses rechtfertigen müsse. Zur Rolle Chinas erklärte er, Chinas Aufstieg stelle nicht unbedingt eine Bedrohung dar. China sei aber zu einem Akteur mit völlig anderen politischen Werten im strategischen Wettbewerb geworden. Mitglieder der Delegationen aus Georgien, der Ukraine und Türkei sprachen sich für redaktionelle Änderungen im Bericht aus, die teilweise vom Berichterstatter aufgenommen wurden. Der Berichtsentwurf wurde mehrheitlich angenommen.

3. Vortrag von Professor Michael Clarke, Royal United Service Institut (RUSI), zum Thema „Transatlantische Beziehungen, aktueller Stand der Dinge“

Michael Clarke stellte Belastungen für die transatlantischen Beziehungen aus europäischer und amerikanischer Sicht, insbesondere durch das türkische Vorgehen in Nordsyrien und den bevorstehenden Brexit, dar. Mit seiner Präferenz für den Status quo werde Europa im kommenden Jahrzehnt nicht die internationalen Sicherheitsbeziehungen definieren können. Revisionistische Mächte wie die Vereinigten Staaten, die Russische Föderation, Indien und China würden die Weltpolitik nach ihren Vorgaben dominieren. Aktuell sei die amerikanische Außenpolitik von der Auffassung geprägt, dass globale Interessen bilateral verfolgt werden sollten. Bereits vor der Amtszeit von Präsident Trump sei der Schwerpunkt der Außenpolitik auf den Pazifik verlagert worden. **Michael Clarke** betonte, die Perspektive des Weißen Hauses unterscheide sich von der am militärischen Engagement in Europa festhaltenden Perspektiven des militärischen Establishments. Er konstatierte grundsätzliche Interessensunterschiede, die Meinungsunterschiede innerhalb der Allianz verstärken würden.

In der Diskussion wurden Fragen zur Außenpolitik der amerikanischen Regierung, zum NATO-EU Verhältnis und dem türkischen Vorgehen in Syrien aufgeworfen. Die Mitglieder äußerten ihre große Sorge über die Diskrepanz zwischen dem nationalen, bilateralen Ansatz von Präsident Trump und dem multilateralen, europäischen Ansatz. **Michael Clarke** warnte vor einer Abkehr vom Multilateralismus und forderte, dass die Europäer die Vorzüge der multilateralen Organisationen stärker betonen müssten. Auf die maßgeblich an der Niederlage der Terrormiliz Islamischer Staat beteiligten syrischen Kurden angesprochen, erklärte ein türkisches Mitglied, die Türkei werde von den Verbündeten sowohl in der Syrien-Frage als auch beim Kauf russischer Flugabwehrsysteme ungerecht behandelt. Auf die Frage der zunehmenden Bedeutung der Arktis unterstrich **Michael Clarke** die entscheidende Bedeutung der Arktis hinsichtlich der Umwelt, des Handels und der Sicherheit. Die NATO sei im Umgang mit der Arktis zu entspannt und eine weitere Nichtbeachtung würde es der Russischen Föderation ermöglichen, noch stärker zu investieren und eine neue Machtposition zu errichten.

4. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Sicherheit und Stabilität in Afrika – Herausforderungen und Chancen für die NATO“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Julio Miranda Calha (Portugal)

Der Generalberichterstatter erklärte, der Bericht untersuche Ursachen für Instabilitäten in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA) sowie im südlichen Afrika und deren Vergleichbarkeit. Die Region werde durch zunehmende Aktivitäten terroristischer Gruppen, sozioökonomischen Schwächen, gescheiterten Regierungsführungen, Menschen- und Drogenhandel sowie Piraterie bedroht. Die Instabilität könne sich auf die südlichen NATO-Mitglieder auswirken. Die NATO nehme eine begrenzte Rolle ein und konzentriere sich auf die Beziehungen zu den regionalen und internationalen Partnern. Einzelne Bündnispartner leisteten erhebliche nationale Beiträge zur regionalen Sicherheit. Er schlug drei Empfehlungen vor. Die Allianz müsse sich stärker für die Entwicklungen der Sicherheitslage interessieren, insbesondere durch verstärkte Bemühungen um einen verbesserten Informationsaustausch. Partnerschaften mit bestimmten Akteuren sollten vertieft werden, insbesondere zur Afrikanischen Union. Ferner müsse die EU-NATO Zusammenarbeit intensiviert werden und über eine Ad-hoc-Koordinierung hinausgehen.

In der Aussprache herrschte Übereinstimmung darin, dass die NATO sich verstärkt um die Region kümmern müsse. Die EU und die Afrikanische Union könnten starke Partner sein. Spanische, französische und italienische Mitglieder erläuterten die militärischen Beiträge ihrer Staaten in der südlichen Region Afrikas und erkundigten sich nach der Möglichkeit für die Übernahme einer operativen Rolle durch die NATO. Berichterstatter **Julio Miranda Calha** legte dar, dass die NATO sich einerseits für ihre stärkere Beteiligung in der Region ausspreche, derzeit aber keine operative Rolle plane. Ein Mehrwert könne mit einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Partnern erreicht werden. Auf eine Einlassung eines algerischen Mitglieds (Regionaler Partner) zum politischen

Vorgehen der algerischen Regierung in der Bekämpfung des Terrors würdigte der Generalberichterstatter Algeriens Erfolg bei der Entwicklung von Initiativen zur Bekämpfung der Radikalisierung. Zur Stärkung der Region seien Bildung und wirtschaftliche Entwicklung notwendig. Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

5. Vortrag von Dr. Sanam Vakil, Senior Research Fellow des Nahost- und Nordafrika-Programms, Chatham House, zum Thema „Die regionale Sicherheitsdynamik im Golf“

Dr. Sanam Vakil ging auf die Ursachen der Spannungen im Persischen Golf ein, die aufgrund mehrere Ereignisse entstanden wären. Sie führte sie zum einen auf den Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Atomabkommen mit dem Iran (Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan, Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA), die Ereignisse während des Arabischen Frühlings und die Reaktionen der regionalen, autoritären Regierungen zurück. Der syrische Bürgerkrieg verstärkte die bestehenden Konflikte. Die mangelnde Bereitschaft des Westens, insbesondere während der Amtszeit von Präsident Obama, langjährige Partner während des Arabischen Frühlings zu unterstützen, habe dazu geführt, dass die arabischen Golfmächte die Zuverlässigkeit der Vereinigten Staaten als Garant für Stabilität am Golf in Frage stellten. Der syrische Bürgerkrieg habe die Ängste vertieft. Der Krieg im Jemen, die Blockade gegen Katar und die Politik des Irans gegenüber seinen Nachbarn stuft sie als schwere Krisen ein. Das Verhalten des Irans sei auch auf den Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Atomabkommen (JCPOA) zurückzuführen. Eine erfolgreiche, europäische Strategie zum Schutz der europäischen Wirtschaft gegen die amerikanischen Sanktionen fehle. Der Iran habe sich für eine Strategie der Konfrontation entschieden, um damit zu erreichen, dass die mit den Vereinigten Staaten Verbündeten Druck auf die amerikanische Führung ausübten. Solange die andere Seite keine Zugeständnisse mache, seien weder die Vereinigten Staaten noch der Iran zu Verhandlungen bereit. Eine Einigung zu erzielen, stelle eine große diplomatische Aufgabe dar und erfordere einen multilateralen Ansatz. Das wahrscheinlichste Ergebnis diplomatischer Verhandlungen sei ein Atomabkommen, das weitgehend dem JCPOA gleiche. Die NATO und insbesondere die europäischen Länder müssten bei der Schaffung eines regionalen Sicherheitsrahmens mitwirken. Verstärkt engagierten sich China und Russland in der Region, um die gegenwärtige Situation einer Atmosphäre der Angst für ihre Zwecke zu nutzen. Dem müsse entgegengewirkt werden.

Schwerpunkte der Diskussion waren die iranische Konfrontationsstrategie, die Katar-Krise sowie die Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi. **Dr. Sanam Vakil** führte aus, der Iran rechne nicht mit internationalen Militäreinsätzen auf seinem Gebiet. Auf die Frage nach der Wirksamkeit von Sanktionen erklärte er, die Islamische Republik stehe seit 40 Jahren unter dem Einfluss von Sanktionen. Wirksamer sei ein entschlossenes Engagement in Kombination mit der Androhung von Sanktionen. Die Änderung des Verhaltens des Regimes in Teheran erfordere Zeit. Ein neues Abkommen zur Begrenzung der Entwicklung von Atomwaffen würde eine Rückkehr westlicher Unternehmen in den Iran ermöglichen und dazu beitragen, die iranische Wirtschaft zu stabilisieren, den russischen Einfluss zurückzudrängen und die Position der gemäßigten Iraner zu stärken. In Bezug auf Katar erklärte **Dr. Sanam Vakil**, Katar sei widerstandsfähig gewesen, weil es als Reaktion auf eine frühere Blockade seine Wirtschaft breiter aufgestellt und die Beziehungen mit anderen Ländern vertieft habe. Die Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi sei Beweis für die mangelnde Achtung der Menschenrechte in der Region und zeige, wie schwierig die Verhandlungen mit autoritären Regierungen seien.

6. Beratung des Berichtsentwurfs „NATO-Russland-Beziehungen – eine Momentaufnahme“ des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, vorgelegt von dem Berichterstatter Miro Kovac (Kroatien)

Der Berichterstatter erklärte, das Bündnis beobachte die russischen Aktivitäten, wie beispielsweise den militärischen Aufbau in der Arktis und am Schwarzen Meer, die militärische Unterstützung des syrischen Regimes und das Vorgehen an den NATO-Grenzen. Die Allianz könne nur durch eine Zusammenarbeit deren Verhalten beeinflussen. Die NATO reagiere ausgewogen und verhältnismäßig auf die destabilisierenden russischen Maßnahmen. Der zweigleisige NATO-Ansatz einer starken Abschreckung und eines wirtschaftlichen Drucks durch Sanktionen bei gleichzeitiger Dialogbereitschaft solle beibehalten werden. Er empfahl, kreativere Taktiken einzusetzen, wie beispielsweise die Reform der Bildungspolitik zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegen Desinformation. Eine Annäherung an die Russische Föderation sei wünschenswert, sie dürfe aber nicht auf Kosten von Drittländern, insbesondere von Nicht-NATO-Mitgliedern, erfolgen. Übereinstimmende Interessen der Allianz und Russland bestünden insbesondere bei der Terrorismusbekämpfung, der Suche und Rettung in der Arktis und der Drogenbekämpfung in Afghanistan. Aufgrund dieses Potenzials würden die Beziehungen auf absehbare

Zeit eine komplexe, aufeinander aufbauende Wechselbeziehung bleiben. Das Bündnis müsse den politischen Zusammenhalt bewahren, um einer möglichen, russischen Aggression entgegenwirken zu können.

Die Mitglieder berieten unterschiedliche Aspekte des Verhältnisses zwischen der NATO und der Russischen Föderation. Als Reaktion auf eine Meinungsverschiedenheit unter den Delegierten über die Bewertung der Annexion der Krim betonte der Berichterstatter **Miro Kovac**, dass die Besetzung eines fremden Landes niemals akzeptiert werden dürfe. Als Wertebündnis verteidige die NATO die Rechtsstaatlichkeit. Wirtschaftssanktionen seien daher eine angemessene, verhältnismäßige und notwendige Reaktion auf einen Völkerrechtsverstoß, auch wenn sie für einige Verbündete schmerzhaft seien. Die Mehrheit der Mitglieder war sich einig darin, dass es nach dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion keine Zusicherung der NATO an Russland zur Frage der NATO-Erweiterung gegeben habe. Ein Mitglied der ukrainischen Delegation (Assoziiertes Mitglied) erklärte, die Frage eines NATO-Beitritts gehöre zum legitimen, nationalen Selbstbestimmungsrecht der Bewerberländer. Hinsichtlich der Ukraine-Krise bekräftigte der Berichterstatter die Notwendigkeit des Dialogs zur Lösung des Konflikts. Er sagte Ergänzungen zu den Ausführungen im Bericht hinsichtlich Georgiens und der Ukraine zu. Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

7. Vortrag von Charles Parton, Royal United Service Institut (RUSI) zum Thema „Chinas Rolle in der Welt und die Auswirkungen auf die Allianz“

Charles Parton stellte einleitend fest, für die Kommunistische Partei Chinas (Chinese Communist Party, CCP) sei der Machterhalt das vorherrschende Ziel ihrer Politik. Die chinesische Außenpolitik beruhe auf der Logik, dass China eine Macht sei, die keine Verbündeten suche und ihre Beziehungen auf transaktionale Weise führe. Bilaterale Beziehungen würden durch die Kombination von Anreizen und Drohungen in Form von Strafmaßnahmen geführt. China gehe multilaterale Beziehungen nur unter der Voraussetzung der eigenen Vorteilsnahme ein. Werde ein Ziel nicht anders erreicht, versuche China die Global Governance neu zu gestalten. Mangels einer langfristigen Wirtschaftskraft sei es unwahrscheinlich, dass China sein Ziel erreichen könne, bis 2047 zu einer dominierenden Supermacht zu werden. Er begründete die These mit Verweis auf die Demografie, die Wasserkrise, die massive Binnennachfrage und die Verschuldung Chinas. Im kommenden Jahrzehnt seien die wichtigsten, außenpolitischen Fragen die Stellung des Anbieters Huawei und die 5G-Netzwerke, der Diebstahl geistigen Eigentums und die sich abzeichnende Lebensmittel- und Wasserkrise in China. Von China ginge keine tatsächliche Kriegsgefahr aus, vielmehr sei davon auszugehen, dass das Land auch in Zukunft an seinen hybriden Taktiken festhalte. **Charles Parton** ging auf die Beziehungen zwischen China und Russland ein und erklärte, trotz einiger übereinstimmender Interessen, wie beispielsweise die Bekämpfung des amerikanischen Einflusses, der Normen der Global Governance oder die Aufrechterhaltung des Handels mit Öl und Gas, bestünden in wichtigen Schlüsselbereichen grundlegende Interessensunterschiede. Chinas ideologische Betonung der territorialen Integrität stehe im Widerspruch zur Bereitschaft der Russischen Föderation, die Grenzen nach seinen Interessen neu zu ziehen. China sei an einem niedrigen, Russland an einem hohen Ölpreis interessiert und beide Länder stellten die Absichten des anderen in Zentralasien in Frage. Insbesondere die Russische Föderation Sorge sich vor einem starken chinesischen Einfluss in Sibirien. Beide Länder seien kulturell sehr verschieden. Die von ihnen eingegangene „Zweckehe“ werde nur solange bestehen bleiben, wie der Westen auf beide Druck ausüben könne. Auch sei sich Russland der Stärke Chinas bewusst.

In der Diskussion erkundigten sich die Mitglieder nach den Verbindungen zwischen der CCP und der Firma Huawei sowie den Auswirkungen der chinesischen Einflussnahme weltweit, insbesondere in der Arktis und in Afrika. Mehrere Mitglieder erklärten, angesichts der jüngsten transatlantischen Spannungen, insbesondere im Handelsbereich, misstrauten sie den amerikanischen Alternativen zu Huawei. **Charles Parton** betonte, dass das Risiko der Spionage durch die Vereinigten Staaten dem weitaus größeren durch China vorzuziehen sei. Die CCP kontrolliere Huawei. Die chinesischen Wirtschaftssanktionen wirkten sich in den betroffenen Ländern nicht immer negativ aus, teilweise würde die Wirtschaft sogar wachsen, was beim Umgang mit Huawei oder bei der Bewertung der „Neue Seidenstraße Initiative“ (Belt and Road Initiative) bedacht werden müsse. Der Westen müsse eine klare, einheitliche Strategie entwickeln und diese kommunizieren, um China zu verdeutlichen, welche Prioritäten die Allianz vertrete.

8. Beratung der Änderungsanträge und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Bewältigung der Sicherheitsanforderungen Afrikas“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Julio Miranda Calha (Portugal)

Der Generalberichterstatter stellte den Entschließungsentwurf „Stärkung des Beitrags der NATO zur Bewältigung der Sicherheitsanforderungen Afrikas“ vor. Acht Änderungsanträge wurden beraten und abgestimmt. Der Entwurf der Entschließung wurde in geänderter Fassung angenommen.

9. Beratung der Änderungsanträge und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „NATO @70: 70 Jahre Frieden und Sicherheit durch Einheit“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Julio Miranda Calha (Portugal)

Zum vom Generalberichterstatter vorgestellten Entschließungsentwurf „NATO@70: 70 Jahre Frieden und Sicherheit durch Einheit“ berieten die Mitglieder neun Änderungsanträge. Sieben Änderungsanträge wurden angenommen, die Anträge von Luca Frusone, Paolo Formentini (Italien), Miroslav Tudjman (Kroatien) und Christian Tybring-Gjedde (Norwegen) wurden abgelehnt.

Die Entschließung wurde in geänderter Fassung angenommen.

10. Wahl von Amtsträgern

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Politischen Ausschusses wurde **Gilbert Roger** (Frankreich), **Gerald Connolly** (Vereinigte Staaten) zum Generalberichterstatter gewählt. **Paolo Formentini** (Italien) und **Martin Klus** (Slowakei) wurden zu den stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Nato-Partnerschaften“, **Sonia Krimi** (Frankreich) zur Berichterstatterin gewählt. Zu den stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ wurden **Filemon Vela** (USA) und **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland), zum Berichterstatter **Ahmet Yildiz** (Türkei) gewählt.

V. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 12. Oktober, und am Sonntag, 13. Oktober, 2019, unter dem Vorsitz von **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten). Schwerpunkte der Beratungen waren Aspekte des sich wandelnden Sicherheitsumfelds, Fragen der Einsatzbereitschaft der NATO, Folgen des Brexits sowie der Umgang mit der Russischen Föderation und China.

1. Vortrag von Stuart Peach, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, zum Thema „NATO mit 70 – Aktuelle Gefahren und Herausforderungen für die Sicherheit, Vorbereitung für die Zukunft“

Der Vorsitzende **Stuart Peach** betonte, in einer unabhärbaren Sicherheitslage, in der die Russische Föderation ihre militärische Haltung stärker betone und eingefrorene Konflikte den Nahen Osten und Nordafrika weiter destabilisierten, trage die Versammlung zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen und der Vermittlung und Festigung gemeinsamer Werte bei. Die Bündnispartner hätten die größte Verstärkung der kollektiven Verteidigung seit dem Ende des Kalten Krieges auf den Weg gebracht, indem sie beispielsweise durch eigene Kampfgruppen („Battle Groups“) im Baltikum und Polen präsent seien. Die Truppenstärke der schnellen Eingreiftruppe der NATO sei verdreifacht und in Norfolk, Virginia eine gemeinsame Stabsstelle der Bündnispartner errichtet worden. Zur Koordinierung der Versorgung in Europa sei das Multinationale Kommando Operative Führung und in Mons, Belgien, das Operationszentrum für den Cyberraum eingerichtet worden. Des Weiteren sei die NATO militärisch im Schwarzen Meer und mit multinationalen Brigaden in Rumänien stärker als je zuvor in der Geschichte des Bündnisses vertreten. Die NATO müsse sich dahingehend weiterentwickeln, dass sie ohne weiteres eine Vielzahl von Operationen ausführen könne. Derzeit sei über 20.000 militärisches Personal in aktiven NATO-Operationen im Einsatz. Der NATO komme eine größere Aufgabe bei der Bekämpfung des Terrorismus zu. Dies werde vor allem im Einsatz in Afghanistan, in der Beteiligung beim Kampf der internationalen Koalition gegen die Terrormiliz Islamischer Staat und den neuen Trainingsmissionen im Irak deutlich. Gemeinsam mit ihren Partnern Jordanien, Tunesien, Ukraine und Georgien baue die NATO Verteidigungskräfte auf. So sei in Neapel eine Beobachtungsstelle für regionale Bedrohungen und in Ankara ein Exzellenzzentrum für die Bekämpfung des Terrorismus errichtet worden. Die Oberste Militärleitung der NATO berate derzeit Möglichkeiten zur Verbesserung

der Einsatzbereitschaft im Ernstfall. So solle ein neues Gremium zur schnelleren strategischen Beschlussfassung eingerichtet werden.

In der Diskussion erkundigte sich **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich) nach der Einsatzbereitschaft im Verteidigungsfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages. Der Vorsitzende erläuterte, dass der Grad der Einsatzbereitschaft von der jeweiligen Herausforderung abhängt. Mit einer Reaktion sei innerhalb von zwei Wochen zu rechnen. Die bevorstehende gemeinsame NATO-Übung sei eine gute Gelegenheit, die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte unter Beweis zu stellen. **Nicholas Soames** (Vereinigtes Königreich) fragte unter Verweis auf die Schwierigkeiten bei der Nutzung von Synergien in der gemeinsamen Militärstrategie, insbesondere der Cyberkriegsstrategie, nach der Arbeitsweise der NATO. **Stuart Peach** erklärte, die NATO mache Fortschritte in der gemeinsamen Cyberabwehr und setze alles daran, die Zusammenarbeit zu verbessern. Die Förderung und Weitergabe von Innovationen innerhalb des Bündnisses müssten verstärkt werden. Auf die Frage von **Gatis Eglitis** (Litauen) nach der maritimen Militärpräsenz im Baltikum, führte er aus, die NATO nehme ihre Verantwortung im Baltikum sehr ernst, was sich unter anderem in der jährlichen Marineübung (BALTOP) und der Präsenz der NATO durch das Exzellenzzentrum für Strategische Kommunikation in Riga zeige. **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach den Herausforderungen beim Transport der Schnellen Eingreiftruppe durch das Bündnisgebiet. **Stuart Peach** verwies auf das Kommando in Ulm und erklärte, dass die NATO eng mit der EU zusammenarbeite. **Aants Laaneots** (Estland) zeigte sich besorgt über die ausbleibende Reaktion der NATO auf die Aufstellung russischer Iskander Raketen und wies auf ein drohendes militärisches Ungleichgewicht im Verhältnis zur Russischen Föderation hin. **Stuart Peach** erklärte, die NATO setze den Bedrohungen ein breitgefächertes Abschreckungspotenzial entgegen. **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten) erkundigte sich nach den Gefahren, die sich durch die Modernisierung von russischen Waffensystemen ergäben und welche Reaktionen die NATO plane. **Stuart Peach** erwiderte, Abschreckung funktioniere, wenn sie schlagfertig sei. Dies sei dann der Fall, wenn die NATO ihre Einsatzbereitschaft und Modernisierung vorantreibe.

2. Vortrag von Michael Clarke, Royal Service Institute (RUSI), zum Thema „Verteidigungsschwerpunkte des Vereinigten Königreiches“

Michael Clarke erläuterte, auch nach Einsparungsmaßnahmen stehe die britische Verteidigungskapazität weiterhin der NATO zur Verfügung. Das britische Militär sei in der Lage, an Einsätzen der US-Streitkräfte teilzunehmen und eigenständige Missionen durchzuführen. Die operative Eigenständigkeit sei die erste Priorität der britischen Verteidigungsstrategie. Die zweite Priorität liege auf der weltweiten Verfügbarkeit und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte, die auf mit nuklearen Raketensprengköpfen ausgerüstete U-Boote zurückgreifen könnten. Das Vereinigte Königreich unterhalte Verbände in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und Bahrain. Weltweit seien circa 37.000 Bedienstete der britischen Streitkräfte in 36 Missionen im Einsatz. Die dritte Priorität sei die hohe Bereitschaft zur technologischen Weiterentwicklung. Sowohl die See-, als auch die Luftstreitkräfte seien umfassend modernisiert worden, die während des Irakkriegs verlangsamte Erneuerung der Landstreitkräfte, werde bis 2025 abgeschlossen sein. Die vierte Priorität sei die breitgefächerte Aufstellung der britischen Streitkräfte für jegliche Gefahren für die nationale Sicherheit. Die Schwierigkeiten bei der verbesserten technologischen Ausstattung lägen unter anderem an der Diversität der Zielvorstellungen der jeweiligen Abteilungen. Die Marine sei global aufgestellt, während die Landstreitkräfte ihren Fokus auf die Europäische Union beschränkten. Das nicht abgestimmte System funktioniere in Friedenszeiten, im Konfliktfall würde es sich als ineffektiv erweisen. Die zweite Herausforderung bestehe in der technologischen Weiterentwicklung bei begrenzten finanziellen Mitteln. In den kommenden Jahren würden neue Technologien, wie die Biotechnologie, der Quantencomputer und die Nanotechnologie zur Anwendung kommen. Damit wäre erhebliches Konfliktpotential gegeben. Nur die Vereinigten Staaten, die Russische Föderation und China würden in naher Zukunft auf diese technologischen Neuerungen zugreifen können. Die dritte Herausforderung sei die geringe Zahl der britischen Streitkräfte, die wegen ihrer geringen Kampfstärke im Konfliktfall keinen entscheidenden Faktor darstellten. Offen sei, wie sich der Brexit auf die militärische Entwicklung in Europa auswirke.

In der Diskussion erklärte er zur Frage der militärischen Entwicklung, dass in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren die Russische Föderation ein taktisches Ärgernis darstelle, im Vergleich zum chinesischen Aufrüsten jedoch stetig an Bedeutung verliere. Ein Großteil der Landstreitkräfte sei schlecht ausgerüstet, auf Grund ihrer modernisierten nuklearen Waffen und hybriden Kriegsführung bleibe die Russische Föderation aber eine weiterhin ernstzunehmende Bedrohung. Auf die Frage von **Bob Stewards** (Vereinigtes Königreich) nach dem Anteil der

in die NATO eingegliederten britischen Streitkräfte, erklärte **Michael Clarke**, dass auf Grund des großen Rückgangs der britischen Streitkräfte nach Ende des Kalten Krieges derzeit weder der politische Wille noch ein ausreichendes Budget zur Verfügung stünden, um genügend Streitkräfte für die NATO abzustellen. **Andreas Loverdos** (Griechenland) erkundigte sich, welche Herausforderungen das Vereinigte Königreich im Hohen Norden sehe. **Michael Clarke** erwiderte, dass der Klimawandel zum einen wichtige Rohstoffe unter dem schmelzenden Eis freigebe, zum anderen ökologische Probleme schaffe. Die Freilegung der Seestraße nach Asien erfordere einen verstärkten Einsatz gegen neue Bedrohungen, wie beispielsweise durch U-Boote. **Jürgen Hardt** (CDU/CSU) erkundigte sich nach der Möglichkeit, dass nach dem Brexit das Vereinigte Königreich die Permanente Strukturierte Zusammenarbeit der EU (PESCO) beitreten werde. **Michael Clarke** führte aus, das Vereinigte Königreich könne dann mit der EU auf freiwilliger Basis zusammenarbeiten. Er sprach sich für die Öffnung der PESCO für Nicht-EU-Mitglieder aus. Bislang habe die PESCO jedoch nicht zu stärkeren militärischen Fähigkeiten geführt. Nach dem Ausscheiden würden nicht EU-Mitglieder 80 Prozent der militärischen NATO-Fähigkeiten stellen. Militärische Fähigkeiten seien wichtiger als militärische Strukturen. Auf die Frage von **Ikka Kanerva** (Finnland) zur Rolle der nationalen Streitkräfte im Hohen Norden erklärte **Michael Clarke**, der Arktische Rat funktioniere in Friedenszeiten, sei aber auf Grund fehlender Durchsetzungskraft keine Plattform in Konfliktzeiten. Die Staaten seien zu einer inhaltlichen Reform oder zur Schaffung eines Ersatzes für den Arktischen Rat nicht bereit, vielmehr suchten die einzelnen Mitgliedstaaten verstärkt bilaterale Lösungen.

3. Podiumsdiskussion mit Bruno Tertais, Vizedirektor der Stiftung für Strategische Forschung in Paris, und Tom Plant, Royal United Service Institute (RUSI), zum Thema „Die Herausforderungen nach dem INF-Vertrag: Nukleare Abschreckung und Waffenkontrolle in einem neuen strategischen Umfeld“

Bruno Tertais, erklärte, die Russische Föderation wolle einen mit konventionellen Mitteln ausgetragenen Konflikt mit der NATO vermeiden und verfolge mit dem Aufbau kostengünstiger, taktischer Kernwaffen die Strategie der „Eskalation zur Deeskalation“. Zur Kompensation fehlender konventioneller Kräfte habe die Russische Föderation in den vergangenen zehn Jahren ihre nuklearen Waffenbestände stetig erhöht, die sie als integraler Bestandteil ihrer Militärmacht verstehe. Seit der russischen Militärdoktrin im Jahr 2000 würden Kernwaffeneinsätze als Mittel der De-Eskalation betrachtet. Die fehlende Transparenz und die unberechenbare Strategie stellten für Europa eine Bedrohung dar. Die Aufkündigung des INF-Vertrages beende zwar eine strategische Beziehung, führe aber derzeit nicht automatisch zu einer neuen Aufrüstungsspirale. Mit der Russischen Föderation werde ein politischer Konflikt ausgetragen. Die NATO solle ihre Raketenabwehrsysteme zwar verstärken, eine Aufrüstung der konventionellen Raketenysteme mit Nuklearwaffen sei derzeit aber nicht notwendig. Das NATO-Abschreckungspotential bestehe in der politischen und militärischen Einheit. **Tom Plant** erklärte, die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation hätten in den vergangenen zehn Jahren ihre Bestände abgerüstet und die Anzahl der globalen Kernwaffen halbiert. Hingegen hätten Staaten wie China, Indien, Pakistan und Nordkorea ihre Bestände stetig erhöht. Die neuen Atomwaffenstaaten und der kernwaffentechnische Fortschritt in Iran hätten das weltweite Sicherheitskonzept, die militärische Abschreckungstaktik und die Waffenkontrolle grundlegend verändert. Notwendig seien ein trilaterales Abkommen zwischen der NATO, der Russischen Föderation und China sowie eine verbesserte Koordination zwischen konventionellen und atomaren Waffensystemen.

In der Diskussion waren sich die Delegierten darin einig, dass das russische Vorgehen gegen vereinbarte Waffenkontrollmechanismen ein Paradigmenwechsel darstelle. Auf die Frage von **Pierre Dalfond** (Kanada), ob zukünftig weitere Staaten einen Zugriff auf die Technologien der Atomkräfte haben würden, erwiderte **Bruno Tertais**, dass aufgrund von dual-use Waffensystemen die Aufmerksamkeit nicht zu sehr auf die Atomkräfte gelegt werden dürfe. Die Klassifizierung in Atom- und Nicht-Atomkräfte sei irreführend. Die engen Beziehungen zwischen Nordkorea, Syrien und Iran sei besorgniserregend. **Nicholas Soames** (Vereinigtes Königreich) fragte, unter welchen Bedingungen eine umfassende Strukturreform möglich wäre. **Tom Plant** erwiderte, die Russische Föderation würde erst dann in Verhandlungen über neue Vereinbarungen zur Waffenkontrolle einwilligen, wenn sie sich in einem Nachteil zur NATO sähe. Er schlug einen verstärkten Informationsaustausch zwischen beiden Seiten vor, der auch außerhalb eines anzustrebenden Vertragswerkes stattfinden müsse. Die Vereinigten Staaten von Amerika vertrauten derzeit den russischen Angaben über die vorhandenen Waffenbestände nicht.

4. Vortrag von Michael Singh, leitender Direktor des Washingtoner Instituts für Nahostpolitik, zum Thema „Der Iran als regionale und globale Herausforderung: Reform der multilateralen Strategie gegenüber dem Iran“

Michael Singh erläuterte, das Atomabkommen mit dem Iran (JCPOA) sei auf eine globale, jedoch nicht auf eine amerikanische Zustimmung gestoßen. Das Dilemma sei, dass wenn die Vereinigten Staaten nicht gegen den Ausbau der atomaren Infrastruktur im Iran voringen, die militärische Abschreckung in der Region untergraben werden würde, ein Durchgreifen hingegen zur Eskalation in der Region führen könne. Ziel sei die Begrenzung des nuklearen Potentials des Irans und dessen Entwicklung und Handel mit Raketen. Auf die iranischen Destabilisierungsbemühungen in der Region müsse gezielt reagiert werden. Europa und die Vereinigten Staaten verfolgten die gleichen Ziele, auch wenn sie unterschiedlich gegen den Iran voringen. Die NATO dürfe ihr Abschreckungspotential nicht in Frage stellen lassen und müsse auf den Angriff des Iran auf die saudische Infrastruktur reagieren. Europa müsse iranische Verstöße gegen das Nuklearabkommen schärfer ahnden, die Vereinigten Staaten zurück zum politischen Dialog finden.

In der Diskussion betonte **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten), dass der Iran davon überzeugt sei, mit seinem Vorgehen keine Konsequenzen erwarten zu müssen. Daher müsse eine Abschreckungstaktik gefunden werden, die effektiv sei, aber zu keiner Eskalation führe. **Brendan Boyle** (Vereinigte Staaten) erklärte, die Vereinigten Staaten seien bereit, ein neues Abkommen auszuhandeln, nicht aber an einem asymmetrisch ausgestalteten Vertragswerk festzuhalten.

5. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Eine neue Ära der nuklearen Abschreckung? Modernisierung, Rüstungskontrolle und vereinte nukleare Streitkräfte“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Joseph Day (Kanada),

Der Generalberichterstatter erklärte, die Russische Föderation, China, Nordkorea und der Iran rüsteten nuklear auf. Die NATO müsse daher auf eine verstärkte Rüstungskontrolle und nukleare Abrüstung setzen sowie ihr Abschreckungspotential mit Kernwaffen erhalten. Die NATO beabsichtige, keine weiteren Spannungen mit der Russischen Föderation aufzubauen, sondern ihre Verteidigungsbereitschaft und Abschreckungswirkung sicherzustellen. An der nuklearen Abschreckungsstrategie müsse festgehalten werden. Die bestehenden Kernwaffensysteme müssten erhalten und deren Infrastruktur modernisiert werden. Die Bündnispartner müssten ihre politische und finanzielle Unterstützung der NATO deutlich zeigen und ihrer Bevölkerung die Bedeutung der Kernwaffen für die gemeinsame Abwehr- und Abschreckungsstrategie der NATO verdeutlichen. Die NATO müsse sich weiterhin für die Rüstungskontrolle, die Nichtverbreitung von Kernwaffen und Abrüstungsbemühungen einsetzen.

In der anschließenden Diskussion debattierten die Delegierten die Rolle der NATO im Konflikt zwischen Süd- und Nordkorea. Der Generalberichtsentwurf wurde angenommen.

6. Beratung und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Aktuelle Entwicklungen in Afghanistan“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Joseph Day (Kanada)

Die Delegierten berieten Änderungsanträge von Christian Chambon und Philippe Folliot (Frankreich) sowie von Gerald Connolly (Vereinigte Staaten), die einstimmig angenommen wurden. **Kamal Safi** (Afghanistan, Gast) forderte für sein Land mehr Eigenständigkeit in der Haushaltspolitik und erklärte, der erste Schritt zu einer nationalen Einigung sei ein Waffenstillstandsabkommen mit den Taliban. Neben der Terrororganisation Islamischer Staat seien weitere terroristische Gruppen in Afghanistan aktiv. Die geänderte Entschließung wurde angenommen.

7. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ zum Thema „NATO Truppenübungen – Entwicklung und gelernte Lektionen“, vorgelegt von der Berichterstatterin Lara Martinho (Portugal)

Utku Cakirozer (Türkei) stellte in Vertretung der abwesenden Berichterstatterin den Berichtsentwurf vor. Der Bericht informiere über die Mobilität der Streitkräfte, die russische Kernwaffenübung, das euroatlantische Krisenkoordinationszentrum, die biologische und chemische Kriegsführung, die Bedeutung der Truppenübungen mit Schlüsselpartnern und die gemeinsame NATO-EU Übung. Die Vorteile gemeinsamer Manöver der Streitkräfte seien eine schnellere Einsatzbereitschaft im Ernstfall, die Erforschung von Defiziten in der Operationskoordination, das Erkennen von Einsparungspotentialen, die Abschreckungswirkung nach außen und die Stärkung der transatlantischen Verbindung. In 2019 seien insgesamt 102 Übungen abgehalten worden. Der Berichtsentwurf

gehe auch auf die verstärkte asymmetrische Kriegsführung im Süden und auf die Bedrohung im Osten durch das modernisierte russische Militär ein. Der Bericht wurde angenommen.

8. Vortrag von Keir Giles, Forschungsleiter des Konfliktforschungszentrums, zum Thema „Russland ist zurück (dort wo es begonnen hat)!“

Keir Giles erläuterte, der Konflikt in der Ukraine sei exemplarisch für den langjährigen Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der NATO, die unterschiedliche Weltanschauungen verfolgten. In den vergangenen 25 Jahren sei der Konflikt auf Grund der russischen Schwäche nicht ausgebrochen, es sei jedoch mit einer offenen Konfrontation zu rechnen. Das internationale Auftreten der Russischen Föderation sei Ausdruck der russischen Außenpolitik der vergangenen Jahrhunderte. Die Lehre aus dem Kalten Krieg sei, dass eine Koexistenz möglich sei, wenn die Verschiedenheit der politischen Ziele zwischen dem Westen und Moskau akzeptiert werden würde. Die Spannungen seien hinzunehmen. Die russische Offensive in Europa diene auch der Ablenkung von innenpolitischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen in der Russischen Föderation. Eine auf Deeskalation ausgerichtete Politik würde die Schwächen aufdecken. Die Russische Föderation versuche, seine Gegner zu testen und zu provozieren, wolle aber keine militärische Eskalation. Die westliche Bevölkerung müsse darüber aufgeklärt werden.

In der Diskussion erkundigte sich **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten), wie die russische Politik der „Eskalation zur Deeskalation“ einzuschätzen sei. **Keir Giles** erläuterte, die Politik des Kremls sei von Beginn an auf die nukleare Aufrüstung ausgerichtet gewesen. Auf die Frage von **Wouter De Vriendt** (Belgien) hin, ob die Europäische Union ihre Sanktionspolitik gegenüber der Russischen Föderation fortsetzen solle, erklärte **Keir Giles**, dass der Dialog notwendig und die Sanktionen wirksam seien. **Juozas Olekas** (Europäisches Parlament, assoziierter Partner) fragte, wie die Kooperation mit NATO-Partnern verstärkt und die EU-NATO Koordination verbessert werden könnten. **Keir Giles** erwiderte, die EU stärke die östlichen Grenzstaaten zur Russischen Föderation, habe es aber versäumt, gegen russische Desinformationskampagnen wirksam vorzugehen.

9. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ des Berichterstatters Nicholas Soames (Vereinigtes Königreich) zum Thema „Entwickelnde Sicherheit im Nordatlantik“ und Podiumsdiskussion mit Marcel Hallé, stellvertretender kanadischer Generalstabschef

Berichterstatter **Nicholas Soames** (Vereinigtes Königreich) betonte die strategische Bedeutung des Nordatlantiks und der angrenzenden Gewässer. Während für die modernisierte russische Marine der freie Zugang zum Atlantik von zentraler strategischer Bedeutung sei, habe das Bündnis die Überwachung der Region zurückgefahren. Die russische Marine sei im Übergang zwischen dem europäischen Nordmeer, der Grönlandsee und dem nördlichen Atlantischen Ozean (GIUK-Lücke) in der gleichen Stärke wie in der Zeit des Kalten Krieges präsent, während das Bündnis nur begrenzt in der Lage sei, die russischen Militäroperationen zu erkennen und zu überwachen. Das verringerte Abschreckungspotential könne zu Konflikten zwischen russischen und NATO-Marineverbänden führen. Ferner könne die Anwesenheit russischer Marineverbände Handelsrouten, Gas- und Ölressourcen und systemrelevante Unterseekabel gefährden. Zur Überwachung und zum Schutz strategischer Handelsrouten setze die NATO das Vereinte Kommando der Streitkräfte in Norfolk ein. Die aktuell angespannte Sicherheitslage ergebe sich daraus, dass die Russische Föderation sieben, von der damaligen Sowjetunion eingerichtete Marinebasen in der Region mit einem Raketensystem versehen habe. Daher müssten ehemalige NATO-Marinestützpunkte reaktiviert und neue Basen errichtet werden. Die nationalen Parlamente müssten verstärkt in die Modernisierung der maritimen Infrastruktur und in die Aufrüstung von Patrouillenbooten investieren. Die NATO müsse zusätzliche Manöver zur U-Boot-Bekämpfung durchführen.

In der anschließenden Diskussion berieten die Delegierten Wege zur besseren Finanzierung der Marinestreitkräfte und die Herausforderungen des Klimawandels. Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

Marcel Hallé legte dar, die NATO stehe vor der Herausforderung, Sicherheitslücken zu schließen. Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 sei die Modernisierung der russischen Streitkräfte offensichtlich. Diese habe ihre Flexibilität mit dem Einsatz in Syrien und in der Ukraine sowie in der Operation „Ocean Shield“ unter Beweis gestellt. Der NATO-Readiness Aktion Plan dürfe sich nicht alleine auf die Landstreitkräfte konzentrieren. Die Sicherheitslage habe sich grundlegend geändert. Mit dem Eingreifen in Syrien habe sich die Russische Föderation eine dauerhafte Präsenz in der Region gesichert. Die NATO habe die vereinten Marinestreitkräfte in

vier spezialisierte Untereinheiten aufgeteilt und ihre Kommandostruktur sowie die Abstimmung mit den Einsatzkräften verbessert. Durch seine spezialisierten Manöver im Nordatlantik reagiere das Bündnis auf die neue Gefährdungslage.

10. Beratung des Entschließungsentwurfs „Unterstützung der vertraglichen Verteidigung und Abschreckung der NATO nach dem INF-Vertrag“; vorgelegt von dem Generalberichterstatter Joseph Day (Kanada)

Änderungsanträge der ukrainischen, amerikanischen und französischen Delegationen wurden beraten und angenommen. Die geänderte Entschließung wurde einstimmig angenommen.

11. Wahl von Amtsträgern

Cédric Perrin (Frankreich) wurde zum Generalberichterstatter, **Roberta Pinotti** (Italien) wurde zum Vizevorsitzenden des Ausschusses, **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) wurde Vorsitzender, **Brendan Boyle** (Vereinigte Staaten) zum Vizevorsitzenden des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ gewählt. **Gatis Eglitis** (Litauen) und **Nico Falcoi** (Rumänien) wurden zu Vizevorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ **Bob Steward** (Vereinigtes Königreich) und **Nico Falcoi** (Rumänien) wurden in den Interparlamentarischen NATO-Ukraine Rat gewählt.

12. Vortrag von David Fawcett (Australien) zum Thema „Ausländische Einmischung und Spionage bekämpfen“

David Fawcett erläuterte das Interesse Australiens an der Erhaltung der regelbasierenden Ordnung. Australien habe 2019 zum Schutz seiner systemrelevanten Infrastruktur vor ausländischen Einflüssen Gesetze zur Abwehr der hybriden Kriegsführung beschlossen. Wer in Australien ein Unternehmen anmelde, werde verpflichtet, Verbindungen mit ausländischen staatlichen Institutionen offenzulegen. Betriebsspionage und der Diebstahl geistigen Eigentums durch die Übernahme von Unternehmen sei ein Scherpunkt der geheimdienstlichen Arbeit. Australien habe daher verschiedene Straftatbestände geschaffen sowie zur Überwachung ausländischer Investitionen einen nationalen Prüfungsausschuss eingerichtet. Zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts würden in die Stärkung der Seestreitkräfte und der maritimen Infrastruktur investiert. Die Rüstungsindustrie sei dergestalt ausgerichtet worden, dass keine vollständigen Waffensysteme für ausländische Aufträge produziert werden würden. Er betonte, der Fokus auf Russland dürfe nicht dazu führen, neue globale und digitale Bedrohungspotentiale außeracht zu lassen.

VI. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit

Der Ausschuss tagte am Samstag, 12. Oktober 2019, und am Sonntag, 13. Oktober 2019, unter dem Vorsitz von **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich). Zentrale Themen der Sitzung waren die Werte der NATO, Grenzsicherungsstrategien einzelner Länder sowie die Lage in der Russischen Föderation in den Bereichen Korruption und Menschenrechte.

1. Vortrag von Professor Jamie Shea zum Thema „Die langfristige Relevanz der NATO“ sowie Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die NATO wird 70: Bekräftigung der Werte des Bündnisses“ vorgelegt von der Generalberichterstatterin Ulla Schmidt (SPD)

Professor **Jamie Shea** konstatierte, die NATO habe sich nach der Gründung 1949 zunächst auf die Abschreckung konzentriert. Nach Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion habe sie ihre Priorität auf die Lage im Balkan und nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 in New York und Washington auf den Krieg gegen den Terrorismus gelegt. Die Herausforderung in den nächsten 70 Jahren liege darin, sich nicht auf einen Schwerpunkt zu fokussieren. Unterschiedliche Gegner und neue Bedrohungen, wie beispielsweise Cyberangriffe, müssten gleichzeitig bekämpft werden. Die internationale Zusammenarbeit sei komplexer geworden, der Aufstieg Chinas oder des Irans müssten stärker betrachtet werden. Die NATO müsse sich klassisch militärisch, hybrid und vernetzt aufstellen und die Stabilität im Mittleren Osten und Nordafrika unterstützen. In den nächsten 70 Jahren würde eine flexible, multidimensional-einsetzbare NATO gebraucht werden.

Generalberichterstatterin **Ulla Schmidt** (SPD) stellte ihren überarbeiteten Generalberichtsentswurf vor und erklärte, die der NATO zu Grunde liegenden Werte würden von außen und von innen in Frage gestellt. Der Bericht beschreibe die Herausforderungen an die von der NATO repräsentierte und verteidigte liberale Weltordnung. Defizite müssten offen angesprochen werden, eine Auseinandersetzung sei für den Lernprozess wichtig. Die Bündnismitglieder hätten zur Wahrung der militärischen Geschlossenheit und Sicherheit antidemokratische Entwicklungen während des Kalten Krieges toleriert. Sie hätten die Kolonialkriege Portugals und den Militärputsch in Griechenland nicht geschlossen verurteilt, jedoch habe sich die Mehrheit der Mitglieder gegen den Beitritt Spaniens unter dem Franco Regime ausgesprochen. Während des Kalten Krieges habe die damals unter der Bezeichnung „Nordatlantische Versammlung“ arbeitende Versammlung in erster Linie Wert auf Geschlossenheit gelegt, demokratische Ideale hätten an zweiter Stelle gestanden. Die nach der Diktatur entstandenen demokratischen Regierungen in Portugal und Griechenland hätten sich daher zunächst von der NATO distanziert. Nach Beendigung des Kalten Krieges habe das Bündnis die politische Dimension sowie die humanitären Anliegen als Hauptmotivation für NATO-Einsätze hervorgehoben. Mit der NATO-Politik der „Offenen Tür“ seien demokratische Werte über die Bündnisgrenzen hinaus eingefordert worden. Sicherheit und die Beachtung der grundlegenden Werte müssten zusammen betrachtet, demokratische Werte, Vertrauen und Solidarität gefördert werden. Rückschritte bei demokratischen Grundsätzen oder Menschenrechtsverletzungen müssten stärker überwacht werden. Sie forderte die Errichtung eines Monitoring Ausschusses, die Übertragung der Verantwortung an einen hochrangigen Beamten oder die Einrichtung einer Ombudsperson bei der NATO. Die Versammlung könne die parlamentarische Kontrolle übernehmen, müsse sich stärker für die Demokratie einsetzen und sich stärker zu den gemeinsamen, demokratischen Werten bekennen. Ein Bündnis, das sich für die Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einsetze, könne eine euroatlantische Führungsrolle bei der Bekämpfung sozioökonomischer Ungleichheit, Desinformation und Populismus einnehmen.

Malahat Ibrahimgizi (Aserbaidschan, Regionaler Partner) kritisiert die Nennung von Ländern mit laufenden Gerichtsverfahren. **Ulla Schmidt** erwiderte, der Bericht ginge auf verschiedene Bedrohungen ein. Die Aufzählung von Länder sei wichtig, da der Kampf gegen Korruption und Geldwäsche eine Säule bei der Demokratisierung eines Landes sei. **Marc Angel** (Luxemburg) betonte, nur nach innen gelebte Werte könnten nach außen verteidigt werden. **Ivanna Klympusch-Tsyntsadze** (Ukraine, assoziierter Partner) machte deutlich, dass bei der Diskussion über Werte und Freiheiten Nichtmitgliedsländer besonders sensibel reagieren würden. Länder, die für ihre Freiheit gekämpft hätten, gingen anders mit dem Thema um als Länder, die diese Rechte als selbstverständlich betrachteten. **Ulla Schmidt** erklärte, Demokratie sei nicht selbstverständlich und müsse jeden Tag neu erkämpft werden. Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

2. Vortrag von Sanj Srikanthan, Vizepräsident, Internationales Rettungskomitee, zum Thema „Ist die Flüchtlingskrise in Europa tatsächlich vorbei?“

Sanj Srikanthan stellte die Aufgaben des Internationalen Rettungskomitees vor, das der Unterstützung von Flüchtlingen und Kriegsopfern in Krisengebieten in 38 Ländern diene. Weltweit seien 76.8 Millionen auf der Flucht, die Hälfte lebte in den zehn ärmsten Länder. Fluchtursachen seien Konflikte und Klimaveränderungen. Auch der Rückgang des Trinkwassers werde zunehmend zu Vertreibungen führen. Für humanitäre Organisationen gestaltete sich die Arbeit in Gebieten, in denen das humanitäre Völkerrecht missachtet und Straflosigkeit herrschte, wie beispielsweise im Nordosten Nigerias und Syriens, als sehr schwierig.

In der Debatte äußerten Mitglieder ihre große Sorge über die eskalierende Situation in Nordsyrien. Die türkischen Delegierten erwiderten, die Türkei habe das Recht, ihre Grenzen und die Sicherheit ihrer Bürger zu schützen.

3. Beratung des Sonderberichtsentswurfs „Grenzsicherung“, vorgelegt vom Berichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Der Berichterstatter erläuterte, der Sonderbericht beschreibe Grenzsicherungsstrategien im euroatlantischen Raum, für die Landesgrenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko, den Balkankorridor und den spanischen Enklaven in Nordafrika. Des Weiteren würden die Seegrenzen, die Lage im Mittelmeer, die Entwicklung der Flughafensicherheit seit dem 11. September 2001 und die Frage, inwieweit die Sicherung der Außengrenzen Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten gefährde, untersucht. Wichtige Akteure seien die EU und die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex), die mit ihrer Personalstärke von 10.000 Männern und Frauen und dank modernster Ausrüstung zum Schutz der EU-Außengrenzen sehr viel beitrage. Die Grenzsicherung sei ein

hoheitliches Vorrecht der Staaten, der Auftrag der NATO daher begrenzt. In Krisen solle ein gemeinsames Vorgehen unter Einbeziehung der NATO in Betracht gezogen werden, die ihre militärischen Einsatzmittel, wie beispielsweise ihre Überwachungsfähigkeiten, gewinnbringend einsetzen könne. Die NATO habe bei der Bewältigung der Migrationskrise im Mittelmeer und in der Ägäis eine hilfreiche Rolle gespielt. Zur Förderung neuer Grenzsicherungstechnologien in den NATO-Mitglieds- und Partnerstaaten empfahl er die Nutzung des NATO-Programms „Wissenschaft für Frieden und Sicherheit“ (Science for Peace and Security). Bei der Koordinierung von Hilfslieferungen könne die Euro-Atlantische Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe, Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre, EADRCC) genutzt werden. Die Erfahrungen von Ländern mit großen Problemen bei der Grenzsicherung zeigten, dass ein integriertes, gestaffeltes Grenzsicherungskonzept die effizienteste Lösung sei und eine einzelne, bauliche Anlage oder ein operatives Konzept nicht ausreiche. Eine langfristig angelegte Grenzsicherungsstrategie müsse von tragfähigen und ambitionierten asyl- und entwicklungshilfepolitischen Konzepten begleitet werden. Der Zusammenhang zwischen Migration und dem Klimawandel müsse bei der Entwicklung von Grenzsicherungs- und Migrationssteuerungsstrategien berücksichtigt werden.

Die Weltbank habe errechnet, dass eine Erderwärmung bis 2050 die Vertreibung von rund 140 Millionen Menschen in den drei Regionen Subsahara-Afrika, Südasien und Lateinamerika zur Folge haben könne. Die hohe Flüchtlingszahl könne mit konzertierten, globalen Maßnahmen zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen um bis zu 80 Prozent reduziert werden. Er betonte, die euroatlantischen Staaten müssten ihre Verpflichtung zur Einhaltung des Protokolls von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge bekräftigen.

In der Diskussion sprach sich **Manousos Konstantinos Voloudakis** (Griechenland) für die Fortsetzung der NATO-Mission und Frontex aus. **Mazaly Aquilla** (Spanien) und **Maria Jesus Castro** (Spanien) betonten die große Herausforderung der Grenzsicherung für Spanien und die spanischen Enklaven. **Emanuelle Pellegrini** (Italien) legte dar, Ziel der Vereinbarung zwischen Italien und Libyen über die Schließung der Häfen sei die Rettung von Menschenleben. Seenotschiffe von Nichtregierungsorganisationen förderten kriminelle Schleuser. Der Sonderbericht wurde angenommen.

4. Vortrag von William Browder, Geschäftsführer der Hermitage Capital Management, zum Thema „Korruption und Menschenrechte in der Russischen Föderation“

William Browder erläuterte die Motive für sein politisches Engagement, die Magnitsky-Liste von Menschenrechtsverletzern in der Russischen Föderation und weltweit einzuführen. Er habe 1986 den Hermitage Capital Management Fond gegründet und in der Russischen Föderation aus erster Hand Korruption und Menschenrechtsverletzungen erlebt. Nachdem sein damaliger Anwalt Sergei Magnitsky einen 230 Millionen US-Dollar Betrug aufgedeckt habe, sei dieser festgenommen, gefoltert und getötet worden. Er versuche, Gerechtigkeit für seinen Anwalt zu erzielen. Zunächst habe er erreicht, dass die Betrüger mit einem Einreiseverbot in die Vereinigten Staaten belegt und deren Bankkonten gesperrt worden seien. 2012 sei in den Vereinigten Staaten das Magnitsky-Gesetz verabschiedet worden, das 2016 durch die Aufnahme der Namen von Menschenrechtsverletzern in der ganzen Welt erweitert worden sei. Estland, Kanada, Lettland und Litauen sowie das Vereinigte Königreich hätten vergleichbare Gesetze verabschiedet.

Jane Cordy (Kanada) fragte, welche weiteren Schritte getan werden könnten. **William Browder** dankte Kanada, das Land genieße als ehrlicher Vermittler weltweit hohes Ansehen, was andere Länder ermutige, das Gleiche zu tun. Die Vorsitzende **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) legte dar, das große Handelsvolumen mit der Russischen Föderation und die Angst vor Handelsbeschränkungen oder Sanktionen erklärten die Zurückhaltung der europäischen Länder, ähnliche Gesetze zu verabschieden. **William Browder** erwiderte, die Magnitsky-Gesetze sollten der Bevölkerung der Russischen Föderation zu Gute kommen. Ziel sei es, die Korruption im Land zu verurteilen.

VII. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 12. Oktober 2019, unter dem Vorsitz von **Ivans Klementjevs** (Lettland). Zentrale Themen der Sitzung waren die Verhandlungen über den Brexit, die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen sowie die Chancen der digitalen Märkte und Internetsicherheit.

1. Vortrag von Dr. Gabriel Siles-Brügge, Professor für öffentliche Politik, Universität Warwick, zum Thema „Die britische Handelspolitik im Zuge des Rückzugs Großbritanniens aus der EU, einschließlich der künftigen Handelsbeziehungen mit der EU, den USA und Kanada“

Dr. Gabriel Siles-Brügge erklärte, die Regierung strebe nach dem Brexit eine weitere Liberalisierung der Wirtschaft an. Das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten werde eine wichtige Alternative zur EU-Mitgliedschaft sein. Der Brexit werde sich als einen über zehn Jahre hinziehenden, langwierigen politischen Prozess gestalten. Die Ausgestaltung des möglichen Übergangsprozesses sei unklar. Die künftige britische Handelspolitik solle sich grundsätzlich auf ein Rückzugsabkommen und die künftige Partnerschaft mit der EU stützen. Der Umfang der wirtschaftlichen Integration mit der EU und das Regulierungsmodell seien innenpolitisch umstritten. Je mehr Integration in die EU, desto weniger Autonomie und umgekehrt. Der Brexit habe eine Reihe von verfassungsrechtlichen Spannungen offenbart, insbesondere im Bereich der Handelspolitik. Es fehlten Strukturen, die die vielfältigen Interessen im politischen System bündeln könnten. Ein weiteres Hindernis seien die Grenzen der globalen Wirtschaftsordnung, die sich aus den Regeln der Welthandelsorganisation ergäben. Die Handelskonflikte zwischen der EU und den Vereinigten Staaten könnten sich auch auf die bilateralen Beziehungen zu dem Vereinigten Königreich auswirken. **Dr. Gabriel Siles-Brügge** empfahl, handelspolitische Kompromisse einzugehen, die Verfassungsregelungen in Bezug auf handelspolitische Prozesse zu überprüfen sowie auf bestehende Abkommen zurückzugreifen.

In der Diskussion antwortete **Dr. Gabriel Siles-Brügge** auf die Frage von **Ivans Klementjevs** (Lettland), dass das Vereinigte Königreich mit einem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten kaum gewinne gegenüber einem viel bedeutenderen Verlust durch den Austritt aus der EU. **Ausrine Armonaitė** (Litauen) erkundigte sich nach den künftigen Handelsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU. **Dr. Gabriel Siles-Brügge** erläuterte, es gebe einen Kompromiss zwischen der Ebene der wirtschaftlichen Integration und der Regulierungsautonomie. Eine Prognose sei schwierig angesichts der Spannungen in den transatlantischen Handelsbeziehungen, den Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten und der Frage des irischen Backstopps. **Andrea Varga-Damm** (Ungarn) erkundigte sich nach den Verlusten für die Bevölkerung im Falle eines „No-Deal-Brexit“ und ob diese durch ein Freihandelsabkommen ausgeglichen werden könnten. **Dr. Gabriel Siles-Brügge** antwortete, die EU sei der größte Handelspartner, so dass die Verluste größer als die Gewinne aus anderen Handelsabkommen sein würden. **Dr. Gabriel Siles-Brügge** antwortete auf die Frage nach den Auswirkungen auf den Agrarsektor, dass ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten den vollständigen Verlust der Finanzierungsmittel aus der gemeinsamen EU-Agrarpolitik und mehr Wettbewerb bedeute. Ferner sei die auf reibungslose Lieferketten angewiesene Luft- und Raumfahrtindustrie von den Folgen eines harten Brexit betroffen.

2. Vortrag von William Browder, Geschäftsführer der Fondsgesellschaft Hermitage Capital Management, zum Thema „Die Wirksamkeit internationaler Sanktionen - das Magnitsky-Gesetz und Russland“

William Browder erläuterte die Motive für sein politisches Engagement, die Magnitsky-Liste von Menschenrechtsverletzern in der Russischen Föderation und weltweit einzuführen. Nachdem sein damaliger Anwalt Sergei Magnitsky einen 230 Millionen US-Dollar Betrug aufgedeckt habe, sei dieser festgenommen, gefoltert und getötet worden. **William Browder** erläuterte, das Geldvermögen von Putin und den russischen Oligarchen würde zum größten Teil nicht in der Russischen Föderation, sondern in Europa und in den USA investiert. Auf seine Initiative habe der US-Kongress 2012 den sogenannten Magnitsky Act und 2016 der US-Senat den Global Magnitsky Act verabschiedet. Die US-Regierung könne seither allen Personen, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen würden, die Einreise in die USA untersagen und die Vermögenswerte einfrieren. Weitere Länder seien dem Vorbild gefolgt. Da viele europäische Länder kein vergleichbares Gesetz verabschiedet hätten, könnten Präsident Putin und die russischen Oligarchen weiterhin Geld investieren. Die Sanktionierung der Oligarchen sei eine effektive Methode, um auch Präsident Putin zu treffen.

In der Diskussion warb **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) für ein gemeinsames Vorgehen. Die Personalkosten zur Umsetzung der finanziellen Sanktionen seien niedriger als der Kauf von Waffen. Auf die Frage von **Ausrine Armonaitė** (Litauen) erklärte **William Browder**, Sanktionen sollten nicht als Strafmaßnahmen eingesetzt werden, sondern um Verhaltensänderungen zu bewirken. Der Mehrwert von Sanktionen seien die Befürchtungen der eigenen Betroffenheit. Auf eine Stellungnahme von **Georgi Kandelaki** (Georgien, assoziierter Partner) zum

Missbrauch von Interpol durch die Russische Föderation erklärte **William Browder**, das ganze System der Institution sei reformbedürftig. Auf die Frage von **Faik Oztrak** (Türkei) zum Vermögen von Präsident Putin schätzte **William Browder** den Betrag auf etwa 200 Milliarden Dollar. Mit weiteren Vermögenswerten, die dem russischen Volk gestohlen worden seien, liege es bei rund einer Billion Dollar. **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) thematisierte den 2016 gedrehten Film „Magnitsky Act“. **William Browder** entgegnete, die Kritik an seinem Verhalten sei Ausdruck des Bemühens, ihn zu diskreditieren.

3. Vortrag von Hugh Bayley, Kommissionsmitglied der Unabhängigen Kommission für die Auswirkungen der Entwicklungshilfe (ICAI) und ehemaliger Präsident der NATO PV, zum Thema „Die Arbeit der ICAI und die Verbindung zwischen Entwicklung und Sicherheit“

Hugh Bayley erklärte, die Entwicklungshilfe sei zentral bei der Bekämpfung von Konfliktursachen. Frieden und Sicherheit könnten nur durch politische Einigung und wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden. Militärische Präsenz sei zeitweise notwendig für die Gewährleistung von Sicherheit, könne jedoch langfristig keinen Frieden schaffen. Anschließend wies er auf den Zusammenhang zwischen Armut und Konflikten in vielen afrikanischen Ländern sowie in Syrien, Jemen und Afghanistan hin. Konflikte seien die größte Ursache der internationalen Migration. **Hugh Bailey** skizzierte die Entwicklung der Ausgaben der NATO-Staaten für die öffentliche Entwicklungshilfe im Vergleich zu den Ausgaben für Verteidigung. Wichtig sei, die Menschen aus der Armut mit den Entwicklungsgeldern zu befreien, Konflikte zu verhindern und den Wiederaufbau nach dem Krieg zu unterstützen. Die Unabhängige Kommission für die Auswirkungen der Entwicklungshilfe (ICAI) sei geschaffen worden, um die Wirksamkeit der britischen Entwicklungshilfe unabhängig zu überprüfen und dem Unterhaus regelmäßig Bericht zu erstatten. Auch spreche die ICAI Empfehlungen gegenüber der Regierung aus, die dazu Stellung nehmen müsse. Für eine größtmögliche Wirkung der Entwicklungsgelder müsse geprüft werden, welche Hilfsmaßnahmen am wirksamsten zur Verringerung der Armut und zur Förderung von Frieden seien.

In der Diskussion sagte **Hugh Bailey**, die Verwendung der Gelder könne in Kriegsgebieten besser mit lokalem Personal kontrolliert werden. Die Hilfe müsse auf Orte mit der größeren Zahl armer Menschen konzentriert werden. **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) sprach die Einbeziehung von Geldern für den Klimawandel an. **Hugh Bayley** erklärte, der Klimawandel sei eine zweite starke Triebkraft der Migration. **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) erläuterte, ausländische Hilfe solle auch auf die Verringerung des Bevölkerungswachstums ausgerichtet sein. **Hugh Bayley** entgegnete, innenpolitische Gründe sprächen oft dagegen. In vielen Ländern fehlten Rentensysteme und ein ausreichendes Gesundheitswesen. Eine größere Familie sei daher oft auch ein wirtschaftlicher Faktor. Auf die Frage von **Nancy Arendt Kemp** (Luxemburg) wies **Hugh Bayley** auf die Leitlinien der OECD zur Definition von Hilfe hin. In jährlichen Berichten werde von der OECD überprüft, ob die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) den Zusagen entspreche. Wegen der zunehmenden akuten Konflikte und der wachsenden Zahl von Flüchtlingen würden Hilfgelder zunehmend für humanitäre Hilfe und nicht für langfristige Entwicklungsprojekte ausgegeben. Das gefährde langfristig die weltweite Sicherheit.

4. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“ zum Thema „Die Republik Nordmazedonien: Politischer Wandel, NATO Beitritt und wirtschaftliche Transformation“, vorgelegt von der Berichterstatterin Ausrine Armonaitė (Litauen)

Die Berichterstatterin erklärte, Nordmazedonien habe in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Der Namensstreit mit Griechenland sei beigelegt worden. Der Beitritt zur NATO sei im Interesse des Bündnisses. **Ausrine Armonaitė** warb für eine rasche Ratifizierung des Beitrittsvertrages, damit das Land Anfang 2020 das 30. Mitglied werden könne. Der Beitritt sei ein wichtiger Faktor für die Beitrittsverhandlungen mit der EU. Trotz aller Fortschritte sei Nordmazedonien weiterhin mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Das Land müsse in wichtigen demokratischen Reformen bestärkt werden, wie beispielsweise bei der Bekämpfung der Korruption, der Schattenwirtschaft und der Jugendarbeitslosigkeit. Der hohen Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte müsse entgegengewirkt werden. Zentrale Vorhaben seien die Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz, die Medienfreiheit und der Abbau ethnischer Spannungen. Die Unterstützung des Landes sei unerlässlich. Für die Russische Föderation sei Nordmazedonien eine geostrategische Priorität auf dem Westbalkan. Dies zeige sich in den russischen Desinformationskampagnen, gegen die die NATO mehr tun müsse.

In der Diskussion wies **Dragan Sormaz** (Serbien, assoziiertes Mitglied) auf erste Gespräche mit Albanien und Nordmazedonien für eine mögliche Wirtschaftsunion auf dem Westbalkan hin. Er hoffe, dass weitere Länder aus der Region sich anschließen werden. Der Bericht wurde einstimmig ohne Änderungen angenommen.

5. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Nordamerikanische und europäische Konzepte für digitale Märkte und Internetsicherheit“, vorgelegt vom Berichterstatter Jean-Marie Bockel (Frankreich)

Der Berichterstatter begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, digitale Technologien hätten neue Angriffsmöglichkeiten und Schwachstellen in Bezug auf die nationale Sicherheit geschaffen. Auch werde der soziale Zusammenhalt bedroht, was eine besondere Herausforderung für das Bündnis sei. **Jean-Marie Bockel** sprach die unterschiedliche Auffassung zur Besteuerung digitaler Unternehmen in den Vereinigten Staaten und Europa an und ermutigte zu einer stärkeren Zusammenarbeit in dieser Frage, um gemeinsame Kriterien und Regeln festzulegen. Die Verletzung der Standards für gutes Cyber-Verhalten müsse zu einer entschlossenen Reaktion und zu Vergeltungsmaßnahmen führen. Strengere Sicherheitsstandards würden zur Abwehr gegen Cyber-Angriffe beitragen. Um auf den ständigen Wandel in der digitalen Wirtschaft zu reagieren, müssten die westlichen Gesellschaften ihre Bildungssysteme anpassen, um eine neue Generation von digitalen Sicherheitsexperten auszubilden.

In der Diskussion fragte **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) nach der Position zu Huawei und der Bedrohung durch das Unternehmen für das Bündnis. **Jean-Marie Bockel** wies auf die Bedeutung einer möglichen Bedrohung hin, die Frage müsse weiterhin diskutiert werden. **Andriy Klochko** (Ukraine, assoziiertes Mitglied) bekräftigte das Interesse seines Landes an einer Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Sicherheit. Der Berichterstatter antwortete, die NATO müsse der Ukraine so weit wie möglich zur Seite stehen. Länder wie Estland, die Opfer von Cyberangriffen geworden seien, hätten Fähigkeiten zur Abwehr von entsprechenden Angriffen erworben. Das NATO-Exzellenz-Zentrum für Cyber Verteidigung in Tallinn habe Expertise aufgebaut. **Isabelle Diks** (Niederlande) erklärte, das niederländische Parlament wolle den Export von Überwachungstechnologien verbieten. Der Verkauf von Technologien zur Gesichtserkennung an China sei ein Fehler gewesen. **Jean-Marie Bockel** erwiderte, nicht die Technologie, sondern die Art und Weise des Einsatzes sei problematisch. **Neal Dunn** (Vereinigte Staaten) sagte, die Haltung gegenüber Huawei sei keine Frage des wirtschaftlichen Schutzes der Wirtschaft, sondern der nationalen Sicherheitsinteressen. Eine existenzielle Cyber-Bedrohung müsse ausgeschlossen werden. Der Bericht wurde ohne Änderungen einstimmig angenommen.

6. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Wirtschaftssanktionen als Instrument der Außenpolitik“ sowie der gleichlautenden Entschließung, vorgelegt vom Generalberichterstatter Christian Tybring-Gjedde (Norwegen)

Der Generalberichterstatter erläuterte, der Bericht untersuche die Auswirkungen von Sanktionen anhand von drei Fallstudien: Iran, Nordkorea und Russland. Sanktionen seien weniger wirksam, wenn das sanktionierte Land in der Lage sei, sie zu umgehen, wenn ihre Auswirkungen auf das Zielland nicht erheblich seien, wenn die inländischen Kosten für das Land, das sie verhängt, zu hoch seien und wenn sie keine breite internationale Unterstützung genießen würden. Unter bestimmten Umständen seien Sanktionen auch kontraproduktiv und das internationale Wirtschaftssystem destabilisierend. Auch könnten Sanktion innenpolitische Gegenreaktionen im sanktionierenden Land auslösen und das dortige Regime weiter festigen. **Christian Tybring-Gjedde** sprach von möglichen dramatischen humanitären Auswirkungen, die zu vermeiden seien. Sanktionen müssten sorgfältig konzipiert und mit Zurückhaltung eingesetzt werden. Von wesentlicher Bedeutung sei außerdem eine breite Unterstützung im In- und Ausland. Wichtig sei die Verbindung mit eindeutigen politischen Zielen und dass die Schritte zur Aufhebung aufgezeigt würden. Die verbündeten Regierungen und Parlamente sollten den Einsatz von Sekundärsanktionen einschränken und sich um eine wirksamere Koordinierung der Sanktionspolitik bemühen.

In der Diskussion erklärte **Gerald E. Connolly** (Vereinigte Staaten), er sei schockiert über das Fazit des Berichts und die Zielrichtung des gleichlautenden Entschließungsentwurfs. Damit würde der bisherige gemeinsame Ansatz ausgehöhlt. Wirtschaftssanktionen seien bewährt und ein wichtiges Instrument der Außenpolitik. Weitere Abgeordnete anderer Länder schlossen sich der Kritik an. **Christian Tybring-Gjedde** erwiderte, ihn überrasche die Kritik, da bei der Vorstellung des Berichtsentwurfs während der Frühjahrstagung in Bratislava keine geäußert worden sei. In der Abstimmung wurde der Bericht mit 16 Gegenstimmen und 15 Fürstimmen abgelehnt. Der Generalberichterstatter stellte daraufhin die Resolution nicht zur Abstimmung. Ein starker Konsens sei für die Verabschiedung einer Resolution in der Versammlung unerlässlich. Er kündigte eine Überarbeitung des Textes an.

7. Wahl von Amtsträgern

Zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ wurden **Christiano Anastasi** (Italien), **John Spellar** (Vereinigtes Königreich) und **Gregory Meeks** (Vereinigte Staaten) gewählt.

8. Sonstiges

Isabelle Diks (Niederlande) kritisierte die türkische Militäroffensive in Syrien. Ihr Land werde die militärische Zusammenarbeit mit der Türkei beenden, sollten die kurdischen Verbündeten weiter angegriffen werden. **Zehra Taskesenlioglu** (Türkei) erläuterte, die Türkei bekämpfe Terroristen, um die Sicherheit des eigenen Landes zu gewährleisten. **Isabelle Diks** (Niederlande) entgegnete, sie wende sich gegen die Behauptung, dass alle Kurden Terroristen seien.

VIII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam unter dem Vorsitz von **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich) am 13. Oktober 2019 zusammen, um die Themen Prioritäten bei Forschung und Technologie der NATO, Künstliche Intelligenz (KI) und ihre Auswirkungen auf die NATO-Streitkräfte, zukunftsfeste Modernisierung der U-Bootabwehr und eine engere Verzahnung von Entwicklern und Anwendern bei der maritimen Forschung und Entwicklung zu diskutieren.

1. Vortrag von Dr. Bryan Wells, Leitender Wissenschaftler der Organisation für Wissenschaft und Technologie der NATO (Science and Technology Organization, STO) zum Thema „Prioritäten der NATO bei Forschung und Technologie“

Dr. Bryan Wells erläuterte, das Ziel der Organisation für Wissenschaft und Technologie der NATO (STO) sei es, den wissenschaftlichen und technologischen Vorsprung bei der maritimen Forschung aufrechtzuerhalten, indem wissenschaftliche Erkenntnisse gemeinsam generiert und untereinander geteilt würden. Dazu seien Innovationen bei Forschung und Entwicklung ebenso notwendig wie beschleunigte Verfahren bei deren praktischer Umsetzung. Rascher müssten neueste Entwicklungen im Verteidigungsplanungsprozess berücksichtigt werden. Die F&E-Strategie der NATO sei dafür gut aufgestellt. **Dr. Bryan Wells** erklärte, an der Umsetzung und Fortentwicklung dieser Strategie sowie am Entwurf einer Vision für das „Centre for Maritime Research and Experimentation“ werde gearbeitet. Die Empfehlungen der Versammlung zur Erhöhung des Forschungsetats, Anpassung von F&E an die Umsetzung, Verbreiterung des Forschungsspektrums und größere Transparenz bei den Ausgaben für verteidigungsrelevante Investitionen würden umgesetzt.

In der Diskussionsrunde erkundigte sich **Sven Clement** (Luxemburg) nach der Kooperation mit der EU-Verteidigungsagentur. **Dr. Bryan Wells** erläuterte, die Kooperation nehme auf Arbeitsebene kontinuierlich zu. **Matej Tonin** (Slowakei) interessierte den Stellenwert von KI bei der STO. **Dr. Bryan Wells** unterstrich die strategische Bedeutung von KI und „big data“. Inwieweit einzelne Länder in diese Technologien investierten, hänge sehr stark davon ab, welchen „output“ sie sich davon versprechen. **Philippe Michel-Kleisbauer** (Frankreich) ergänzte, dass KI in einer Krisensituation eventuell neue Handlungsspielräume eröffnen könne.

2. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses Technologietrends und Sicherheit „Künstliche Intelligenz: Implikationen für die Streitkräfte“, vorgelegt vom Berichterstatter Matej Tonin (Slowenien)

Der Berichterstatter betonte die Bedeutung der Künstlichen Intelligenz, die nicht nur den Verteidigungssektor, sondern auch den Alltag beeinflusse und verändere. **Matej Tonin** konzentrierte sich auf zwei Anwendungen von KI im Verteidigungsbereich: KI als Unterstützung der Entscheidungsfindung und KI bei autonomen Robotern. Die chinesischen Anstrengungen bei der Entwicklung der KI im militärischen Bereich seien besorgniserregend. Daher müssten die Investitionen in die KI bei F&E vorangebracht werden. Das Bündnis dürfe nicht zulassen, dass die bestehende Technologielücke vertieft werde, so dass die Interoperabilität innerhalb des Bündnisses gewährleistet bleibe. Den Regierungen in den Bündnisländern komme eine besondere Verantwortung dabei zu, ihrer Bevölkerung zu verdeutlichen, wie wichtig KI sei. **Matej Tonin** ging auf die Risiken der neuen Technologie ein, die juristische, moralische und ethische Fragen aufwerfe. Die Verteidigungsministerien der NATO befassten sich

intensiv mit diesen Fragen. In Frankreich sei z.B. die Schaffung eines Ethikausschusses speziell für verteidigungsrelevante KI-Anwendungen geplant.

In der Diskussion erläuterte **Philippe Michel-Kleisbauer** (Frankreich), dass es zahlreiche zivile „Beschleuniger“ des KI-Entwicklungsprozesses gebe; sie zu ertüchtigen, sollte von Fall zu Fall entschieden werden. **Fabrizio Ortis** (Italien) fragte nach der Notwendigkeit von Gesetzen vor der Entwicklung von KI. Berichterstatter **Matej Tonin** kommentierte, die Entwicklung schreite voran und es fehle an einer übergeordneten Entscheidungsmacht. Von international vereinbarten Regularien sei man weit entfernt. Lediglich die Tatsache, dass auf jeden Fall der Mensch den Einsatz von KI und autonomen Waffen steuern solle, sei wohl weltweit konsensfähig. **Jean-Christophe Lagarde** (Frankreich) zeigte sich beunruhigt, dass weder China oder die Russische Föderation noch Privatpersonen ethische Aspekte bei der KI-Entwicklung berücksichtigen würden und fragte, ob es Sinn mache, über ethikbasierte allgemein gültige Regularien zu diskutieren. Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

3. **Beratung des Sonderberichtsentwurfes „Die U-Bootabwehr der NATO: Wiederaufbau von zukunftsfesten Fähigkeiten“, vorgelegt von Sonderberichterstatterin Leona Alleslev (Kanada), vorgestellt von Trausti Fridbertsson (Island)**

Trausti Fridbertsson (Island) zeigte sich alarmiert über die zunehmenden U-Bootpatrouillen der Russischen Föderation, von China und Nordkorea. Angesichts dieser Bedrohungen seien die U-Bootabwehrsysteme der NATO veraltet. Für die zukünftige U-Bootabwehr sei die Verbindung von bemannten und unbemannten Schiffen notwendig. Ferner seien eine sichere Kommunikation, die Kollisionsvermeidung und die Treibstoffversorgung zu lösen. **Jean-Christophe Lagarde** (Frankreich) fragte, ob die Arktis und der Ärmelkanal als zukünftige Austragungsorte für einen U-Bootkrieg denkbar wären. **Trausti Fridbertsson** (Island) entgegnete, es sei zu beobachten, dass China Grönland im Fokus habe. In isländischen und norwegischen Gewässern seien große Zerstörer aus der Russischen Föderation gesichtet worden. Norwegen und Deutschland hätten ein Kooperationsprojekt beschlossen, um baugleiche U-Boote zu bestellen.

4. **Diskussion zwischen Dr. Catherine Warner, Direktorin des „Centre for Maritime Research and Experimentation“ (CMRE) der NATO, La Spezia und James Henry Bergeron, Politischer Berater beim „Allied Maritime Command“ (MARCOM), Northwood, zum Thema „Enge Verzahnung von Entwicklern und Anwendern maritimer Technologie“**

Dr. Catherine Warner erläuterte die Rolle des CMRE als Forschungs- und Testlabor der NATO. CMRE sei im Kalten Krieg als Reaktion auf die wachsenden U-Bootfähigkeiten der Sowjetunion gegründet worden. Die Bedrohung sei inzwischen mit der damaligen Lage vergleichbar. Das CMRE verzahne Entwickler und Anwender von maritimer Technologie, indem Ingenieure und Wissenschaftler gemeinsam neue Technologien erarbeiteten und zusammen mit den Anwendern in der Testumgebung zum Laufen bringen. Organisatorisch sei das CMRE dem „Science and Technology Board“ unterstellt, finanziert werde es zu 70 Prozent von der NATO, zu 25 Prozent von den Bündnisländern und zu etwa 5 Prozent von der EU. Zu dem Forschungstableau zählten: „big data“-Analysen, KI, „deep learning“ sowie der Betrieb von zwei Forschungsschiffen - der „NRV ALLIANCE“ und der „CRV LEONARDO“. Das Labor sei gut aufgestellt, um Interoperabilität zu gewährleisten und der Industrie eine Plattform zu bieten, auf der sie ihre Lösungen präsentieren könne. **James Henry Bergeron** berichtete über die jüngsten Entwicklungen im Marinebereich der NATO und zukünftige technologische Herausforderungen. Nie sei das Erfordernis der Zusammenarbeit von F&E mit den Anwendern größer gewesen als gegenwärtig. Angesichts des Ausbaus der russischen Marine sei auch MARCOM verstärkt sowie ein Joint Force Command in Norfolk eingerichtet worden. Der Vorsprung der NATO während des Kalten Krieges bei der U-Bootabwehr sei inzwischen verlorengegangen und müsse dringend aufgeholt werden, indem beispielsweise Einzelergebnisse bei der Entwicklung geteilt und gemeinsam fortentwickelt würden.

In der Diskussion erklärte **Matej Tonin** (Slowenien), dass zu Beginn der Anwendung von unbemannten Fluggeräten wie beispielsweise in 2006 mit PREDATOR eine große Zurückhaltung geherrscht habe. Er fragte, ob mit einem ähnlichen Verhalten bei der Einführung entsprechender Technologie im Marinebereich zu rechnen sei. **James Henry Bergeron** erläuterte, unbemannte Unterwassersysteme seien schwerer zu entwickeln, jedoch präziser und deutlich erkennbarer. Bis sie zur Einsatzreife gelangten, sei noch ein weiter Weg zurückzulegen. **Fabrizio Ortis** (Italien) interessierte der zu erwartenden Einsatztermin dieser Systeme, die für sein Land besonders wichtig seien. **James Henry Bergeron** gab einen Zeitraum von etwa zehn Jahren an. **Trausti Fridbertsson** (Island) erinnerte daran, dass während des Kalten Krieges die U-Bootabwehr ein wichtiges Verteidigungselement

gewesen sei, das nun wieder virulent werde. Er erkundigte sich, wie gut das System für ausgedehnte Meeresflächen geeignet sei. **James Henry Bergeron** erwiderte, in der jetzigen Projektphase ließen sich über den praktischen Einsatz noch keine konkreten Angaben machen.

5. **Beratung des Generalberichtsentwurfes „NATO im Cyberzeitalter: Stärkung von Verteidigung und Sicherheit durch Stabilisierung der Abschreckung“ und der entsprechenden Entschließung, vorgelegt von Susan Davis (Vereinigte Staaten)**

Die Generalberichterstatteerin forderte die Mitglieder auf, auf nationaler Ebene für die Umsetzung des „Cyber Defence Pledge“ der NATO Sorge zu tragen. Die NATO-Staaten sollten geheim halten, ab welcher Bedrohungssituation durch einen Cyberangriff Artikel-5-Maßnahmen ergriffen werden würden. Auch sollten keine Angaben zu der Reaktion der NATO auf einen derartigen Angriff preisgegeben werden. Unterhalb dieser Gefahrenstufe empfahl die Berichterstatteerin nicht nur reines Defensivverhalten, sondern eine robuste „Vorwärtsverteidigung“, um die schädliche Cyberattacke im Keim zu ersticken. Ferner forderte sie, mit „naming and shaming“ auf Cyberangriffe in einem koordinierten Vorgehen aller Betroffenen zu reagieren.

In der Diskussion drängten vor allem ukrainische Delegierte darauf, in die Koordinierung der NATO bei Cyberattacken einbezogen zu werden. Der Bericht wurde ebenso gebilligt wie der gleichgerichtete Entschließungsentwurf.

6. **Vortrag von General a. D. Tom Middendorp, Vorsitzender des „International Military Council on Climate and Security, MCCA“ sowie Senior Associate fellow beim Clingendael Institut, Den Haag, zum Thema „Klimawandel und Sicherheit“**

General a. D. **Tom Middendorp** fasste seine Erkenntnisse über die Sicherheitsimplikationen des Klimawandels zusammen und erklärte zunächst, dass die meisten Krisen weltweit klimabedingt seien. Aus diesem Grunde und weil die Infrastruktur gefährdet sei, müsse sich die NATO diesem Problem umfänglich widmen. Steigende Meeresspiegel, heftige Stürme und Großfeuer bedrohten auch Einrichtungen der NATO. Des Weiteren seien die geostrategischen Risiken nicht zu unterschätzen. Das Abschmelzen des Eises der Arktis eröffne neue Seewege, berge jedoch auch die Gefahr geostrategischer Konflikte und das Wettrennen um Ressourcen. Schließlich nannte General a. D. **Tom Middendorp** zunehmende Konflikte durch klimabedingten Wasser-, Nahrungsmittel- und Energiemangel. Der Klimawandel sei ein Problem für die gesamte Menschheit, die militärischen Aspekte der Erderwärmung müsse die NATO angehen. Viele Ausschussmitglieder zeigten sich besorgt über die Auswirkungen des Klimawandels. **Angeles Luna** (Spanien) sprach die große Hitze und Wasserknappheit im Süden Spaniens an und erkundigte sich, was die Politik unternehmen könne. **Tom Middendorp** erwiderte, der steigende Konsum trage deutlich zur Klimaerwärmung bei, ein Umdenken sei nötig. Im Falle von Naturkatastrophen könne das Militär Unterstützung und Hilfe anbieten.

7. **Wahl von Amtsträgern**

Folgende Mandatsträger wurden per Akklamation gewählt: Für den Ausschuss für Wissenschaft und Technologie als Vorsitzender **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich) und als stellvertretender Vorsitzender **Sven Koopmans** (Niederlande). Für den Unterausschuss „Technologietrends und Sicherheit“ **Matej Tonin** (Slowenien) als Vorsitzender und **Sven Clement** (Luxemburg) und **Kamil Sindir** (Türkei) als stellvertretende Vorsitzende. Alle weiteren Mandatsträger wurden per Akklamation in ihrem Ämtern bestätigt.

IX. **Plenarsitzung**

1. **Ansprache der Präsidentin Madeleine Moon**

Die Präsidentin der NATO PV **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) sprach die türkische Militäroffensive in Nordsyrien an. Die Sicherheitsbedenken der NATO-Mitgliedstaaten, die unter anderem die Flucht von tausenden IS-Kämpfern aus kurdischer Gefangenschaft befürchten würden, seien zwar legitim, gleichzeitig habe sie aber den Eindruck, dass viele Staaten sich der Verantwortung für ihre Staatsangehörigen einschließlich deren Kinder nicht stellen würden, die für den Islamischen Staat gekämpft hätten.

Der 70. Jahrestag der NATO-Gründung biete Anlass, die vielen Erfolge der NATO zu würdigen und eigne sich auch, ihre gegenwärtige und zukünftige Ausrichtung anhand der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu überprüfen. Präsidentin Moon äußerte sich zutiefst besorgt, dass in vielen Staaten kein öffentliches Bewusstsein hinsichtlich der Bedeutung der NATO für Verteidigung und Sicherheit bestehe. Es sei erforderlich, dieses Bewusstsein zu stärken und der Arbeit mit der jüngeren Generation besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Im Jahr 2014 sei die internationale Sicherheit durch zwei Krisen erschüttert worden. Zum einen durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und das Schüren von Konflikten in der Ostukraine durch die Russische Föderation, zum anderen durch die Ausbreitung des Islamischen Staats in Syrien und im Irak und der vorübergehenden Errichtung eines Terrorstaats. Die NATO habe darauf weitreichend und wirksam reagiert, beispielsweise durch verstärkte Maßnahmen zur Terrorbekämpfung oder durch den Einsatz für diejenigen Staaten, die sich durch das kriegsrische Vorgehen der Russischen Föderation am meisten bedroht fühlten. Russland zeige sich weiterhin wenig an einem Dialog und einer Waffenkontrolle interessiert. Auch die Versammlung leiste ihren Beitrag, indem sie sich wiederholt für Georgien und die Ukraine einsetze. Sie habe in 2019 sowohl Tiflis als auch Kiew besucht und sich an der von der Russischen Föderation um Südossetien errichteten Verwaltungsgrenze ein Bild vom Schicksal der betroffenen Menschen gemacht. Die Präsidentin begrüßte die konstruktive Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern aus Nordafrika, dem Nahen Osten und Zentralasien und betonte die Bedeutung der parlamentarischen Diplomatie.

2. Ansprache des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Jens Stoltenberg

NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** ging auf die Herausforderungen für die NATO hinsichtlich der weltweiten veränderten Machtstrukturen ein. Nach den Vereinigten Staaten habe China als zweitgrößte Wirtschaftskraft die höchsten Verteidigungsausgaben. Bis 2030 werde China der größte Entwickler künstlicher Intelligenz sein. Die Allianz müsse die gemeinsamen Werte gegen den Druck von außen aufrechterhalten. In der Vergangenheit habe das Wertebündnis Meinungsverschiedenheiten gelöst und werde weiterhin gestärkt aus bestehenden Konflikten hervorgehen. Die Russische Föderation habe ihre Haltung nicht in die gewünschte Richtung verändert. Rüstungsabkommen stünden unter Druck, was sich durch die fortlaufende Verletzung des Vertrages über Nukleare Mittelstreckensysteme durch die Russische Föderation zeige. Daher unterstütze die NATO die Vereinigten Staaten in ihrem Vorgehen. Der Russischen Föderation könne nur mit der Außerkraftsetzung des INF-Vertrages Einhalt geboten werden. Im Mittleren Osten und in Nordafrika sei die Lage instabil. Hinsichtlich der Situation in Afghanistan gratulierte er dem afghanischen Volk zum gemeinsamen Kampf gegen den Terror und zu der Durchführung demokratischer Wahlen. Er betonte, in seinen Gesprächen mit der Türkei über Nordsyrien habe er seine große Sorge vor einer weiteren Destabilisierung der Region verdeutlicht. Die Türkei sei durch die instabile Lage in Syrien geographisch am stärksten bedroht und habe die meisten Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Zur Absicherung der erzielten Fortschritte bei der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes, der Terrormiliz Islamischer Staat, erwarte er von der Türkei eine Zusammenarbeit mit den NATO-Mitgliedstaaten.

In der Aussprache bat **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich), die Tagesordnung des im Dezember stattfindenden NATO-Gipfels um die Punkte „Schutz für Familien in Nordsyrien“ und die „Frage der Ahndung von Menschenrechtsverletzungen nach dem Global Magnitsky Act“ zu ergänzen. Generalsekretär **Jens Stoltenberg** legte dar, die Einhaltung von Menschenrechten gehöre zu den grundlegenden Werten des Bündnisses und deren Förderung liege im Interesse der NATO. Ziel der Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten sei es, die Werte der NATO voranzubringen und die Stabilität zu verbessern, was wiederum die Sicherheit in der NATO erhöhe. Auf die Frage von **Gerald E. Connolly** (Vereinigte Staaten) was die NATO zur Aufrechterhaltung der Werte tun könne, führte Generalsekretär **Stoltenberg** aus, dass ein starkes, transatlantisches Bündnis sowohl den Vereinigten Staaten, als auch der NATO zugutekomme. Dem Einwand, das Bündnis stehe wegen inneren Spannungen und äußeren, schwierigeren Umständen vor neuen Herausforderungen, entgegnete er, dass die NATO auf starken Wertvorstellungen basiere, die die Mitglieder einten. Die Zusammenarbeit stärke das Bündnis. Er ging auf den Aufstieg Chinas ein, der eine Herausforderung für alle sei. Die NATO sei eine Plattform für die Belange ihrer Mitglieder, sie vollstrecke keine Einzelentscheidungen, sondern lebe von offenen, pluralistischen Diskussionen. Jeder solle seine Ansichten mitteilen, so dass ein Konsens im Sinne aller getroffen werden könne. Auf die Frage von **Miguel Angel Gutiérrez** (Spanien), ob die Gefahren, die sich an der südlichen Flanke der NATO ergäben, von der NATO wahrgenommen würden, erwiderte er, dass die NATO einen 360 Grad Ansatz praktiziere. Die Vorgänge an den südlichen Grenzen seien relevant. Ein gemeinsames Vorgehen setze jedoch einen Konsens innerhalb des Bündnisses voraus. **Christian Chambon** (Frankreich) erklärte, die aktuelle Situation in Nordsyrien sei nicht tolerierbar und die Türkei sei nicht autorisiert worden, die Position der Terrormiliz Islamischer Staat zu

stärken. Eine italienische Delegierte ging auf den Einsatz italienischer Streitkräfte in der Türkei zur Sicherung des türkischen Luftraums ein und erklärte, die Mission sei verlängert worden, um die gemeinsamen, multilateralen Werte der NATO einzuhalten. Das einseitige türkische Vorgehen habe den russischen Einfluss in der Türkei gestärkt. Sie fragte, ob der Generalsekretär die italienischen Truppen aus der Türkei abziehen würde, wenn er entscheiden könne. Der Generalsekretär ging auf diese Frage nicht ein, sondern unterstrich seine tiefe Sorge über das türkische Vorgehen in Nordsyrien. Die Interessen der NATO seien durch das türkische Vorgehen insofern verletzt worden, als dass eine weitere instabile Lage geschaffen worden sei, die das Leiden der Zivilbevölkerung verstärke. Er unterstrich die vorangegangenen Erfolge gegen den gemeinsamen Feind und führte die Lage im Irak und in Syrien an. Unter der Führung der Vereinigten Staaten hätten die Mitgliedstaaten erfolgreich zusammengearbeitet und gemeinsam die Terrormiliz Islamischer Staat erfolgreich bekämpft. In seinen Gesprächen mit der Türkei habe er betont, dass dieser Fortschritt gefährdet sei. Um die Situation zu verstehen, müsse man die wichtige Rolle der Türkei begreifen. Die Türkei sei relevant für die NATO, was sie im Kampf gegen die Terrormiliz bewiesen habe. NATO-Mitglieder nutzten die Infrastruktur und Basislager in der Türkei. Er gestand zu, dass das türkische Vorgehen die Verbundenheit der Mitgliedstaaten untereinander gefährde. Der Kampf gegen die Terrormiliz könne nur gemeinsam gewonnen werden. Die Terrormilizen kontrollierten zwar kein Gebiet mehr, existierten jedoch weiterhin als Organisation und stellten eine Gefahr dar. Angesichts des gemeinsamen Feindes müsse das Ziel die Verbundenheit sein. Die mögliche Freilassung gefangener Terroristen stelle eine große Bedrohung dar. Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU) erklärte, die NATO-Mission Resolute Support Mission sei bei der Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte erfolgreich gewesen und Fortschritte seien sichtbar. Entscheidend sei nun, gemeinsam die Kernaufgaben bis auf weiteres im regionalen Zuschnitt fortzusetzen. Deutschland sei als Rahmennation einer der stärksten Truppensteller und besonders den Partnern im Norden verpflichtet, die sich auf Deutschland verließen. Deutschland habe sich in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten dafür eingesetzt, den politischen Prozess voranzubringen. Er bat um Einschätzung hinsichtlich der Möglichkeit der NATO, die politischen und diplomatischen Entwicklungen weiterhin zu beeinflussen, um gemeinsam, auf der Basis der politischen Rahmenbedingungen, rechtzeitig Entscheidungen treffen zu können. Generalsekretär **Stoltenberg** erwiderte, um eine stabile Lösung zu finden, müsse eine klare Ansage an die Taliban erfolgen, die ihrerseits echte Kompromissbereitschaft zeigen und glaubhafte Informationen liefern müssten. Nur unter diesen Voraussetzungen sei eine Vereinbarung zur Friedenssicherung möglich. Die NATO stelle verschiedene Plattformen für politische Lösungen zur Verfügung. Er betonte das geschlossene Vorgehen der NATO und verwies auf die von den Vereinigten Staaten in Rücksprache mit den NATO-Mitgliedstaaten geführten Gespräche. Ein militärischer Einsatz stünde zu einer politischen Lösung nicht im Widerspruch. Auf die Frage nach der EU-NATO Kooperation bei der Abwehr legte er dar, dass im Rahmen von Abwehrmaßnahmen die EU willkommen sei, die EU dem Auftrag der NATO jedoch nicht gerecht werden könne. Insbesondere nach dem Brexit sei die Unterstützung auch von Nicht-EU Staaten erforderlich. Nur die NATO könne europäische Sicherheit für alle Verbündeten garantieren. Beide Organisationen könnten sich gegenseitig ergänzen, ohne Konkurrenten zu sein. **Theo Francken** (Belgien) ging auf die Ermordung der Menschenrechtlerin und Vorsitzenden der Future Syria Partei, Hefrin Khalaf, durch von der Türkei unterstützte Terroristen ein. Die Kurden seien keine Feinde, sondern Verbündete im Kampf gegen die Terrormiliz. Er fragte nach einer möglichen Reaktion der NATO oder ob weiterhin nur die bloße Sorge bekundet werden würde. Der Generalsekretär erwiderte, da es auf beiden Seiten Verletzte und Tote gegeben habe, sei die öffentliche Bekundung der Sorge über die wachsende Bedrohung zu Lasten der Menschen vor Ort richtig gewesen. Auf die Frage eines Abgeordneten aus Slowenien, wann Georgien der NATO beitreten dürfe, erklärte er, die NATO sei offen für neue Mitglieder und Georgien könne Mitglied werden. Einen konkreten Zeitpunkt gäbe es nicht, aber auch ohne eine Mitgliedschaft habe die NATO Georgien bei der Wahrung und Sicherung der nationalen Stabilität unterstützt. Auf die Frage, inwieweit der Einsatz Georgiens am Schwarzen Meer zu einer Mitgliedschaft führen könne, erwiderte er, die NATO wertschätze die von Georgien unternommene Entwicklung und Modernisierung des Küstenschutzes und der Flotte. Das Schwarze Meer sei Teil der Kooperation mit Georgien. Die NATO habe die Zusammenarbeit mit Georgien verstärkt. Ein Abgeordneter aus Island erkundigte sich, ob die NATO sich aktiv in Syrien einbringen und ob sie den Klimawandel bekämpfen werde. Der Generalsekretär führte aus, dass einzelne Verbündete Truppen in Syrien hätten, die NATO jedoch wegen fehlender politischer Übereinstimmung nicht präsent sei. Er sei besorgt, dass die gemeinsamen Ziele und Fortschritte durch das Vorgehen der Türkei in Nordsyrien unterlaufen werden könnten. Im strategischen Konzept von 2010 sei festgehalten, dass der Klimawandel zu Sicherheitsrisiken führen könne, wie beispielsweise zu Konflikten über Ressourcen, Land und Wasser. Um die Einsätze energieeffizienter zu gestalten, müssten militärische Infrastrukturen und Planungen angepasst werden. Die nationalen Regierungen und die Vereinten Nationen seien

für die Änderung der Klimapolitik zuständig, nicht die NATO. **Osman Askin Bak** (Türkei) erklärte, die Türkei werde an ihrer südlichen Grenze von der Terrormiliz Islamischer Staat bedroht. Den gegenwärtigen Konflikt trage die Türkei auch für Europa und das Bündnis aus. Die Türkei zeige sich offen für die Ansichten der Verbündeten. Der Generalsekretär wiederholte, die Türkei sei geographisch durch ihre Grenzen zum Irak und zu Syrien am meisten bedroht und habe über vier Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Es handele sich um eine gemeinsame Aufgabe. Auf die Frage einer stärkeren Präsenz in Afrika erklärte er, ein stärkeres Engagement setze eine Verständigung im Bündnis voraus. Die NATO habe Partner für die Zusammenarbeit. Auf die Frage, ob die NATO an einem Abrüstungsabkommen mit der Russischen Föderation interessiert sei, führte er aus, dass ein Interesse bestehe, die NATO aber auf die Haltung der Russischen Föderation reagieren müsse. Sollte diese für Verhandlungen bereit sein, sei es auch die NATO. Sollte sie es nicht sein, sei die NATO auch dafür bereit. Ein litauischer Abgeordneter verwies auf einen Pressebericht über eine russische Einheit, die das Ziel verfolge, Europa zu destabilisieren. Anhaltspunkte seien unter anderem Todesfälle, wie beispielsweise die Ermordung eines Offiziers in Berlin. Die NATO könne das Verhalten der Russischen Föderation nicht weiter ignorieren. Der Generalsekretär erklärte, er könne den Bericht nicht bestätigen und Geheimdienstinformationen nicht kommentieren. Die Russische Föderation benutze Mittel und Wege, um demokratische Wahlen zu erschweren und setze bewusst Falschinformationen zur Irreführung der Bevölkerung ein. Dies sei besorgniserregend. Indem sie den Geheimdienst verstärke und den Schutz des Internets vor Cyberangriffen ausbaue, reagiere die NATO angemessen und verhältnismäßig. Die Häfen würden verstärkt abgesichert und die Infrastruktur erweitert. Auf die Frage nach dem gestiegenen chinesischen Einfluss und dessen Auswirkungen auf Europa erklärte er, aus historischen Gründen habe sich die NATO auf die Sowjetunion und Russland fokussiert. Chinas Aufstieg wirke sich auf die Sicherheitslage der Mitgliedstaaten aus. Zur Kontrolle der eigenen Bevölkerung setze China modernste Technologie ein. Die Situation in Hongkong sei besorgniserregend. Die großen Investitionen in die Modernisierung des chinesischen Militärs veränderten die globale Balance der bestehenden Machtverhältnisse. China rücke durch seine Investitionen in Afrika und in die Infrastrukturen in Europa immer näher heran. Die Verbündeten müssten sich mit China beschäftigen und einen gemeinsamen Ansatz finden. Die Frage nach der zukünftigen Mobilität des Militärs nach einem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs ohne ein Abkommen mit der EU sei offen und es werde an Lösungen für die Gewährleistung der Mobilität gearbeitet. Die EU-NATO Zusammenarbeit könne als Beispiel dienen. **Kris Peeters** (Europäisches Parlament, assoziierter Partner) erkundigte sich, wie die gemeinsamen Werte gestärkt werden könnten und führte aus, dass Multilateralismus der einzige Weg sei, um Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu schaffen. In einer Welt voll neuer Unsicherheiten seien starke multilaterale Bündnisse zur Sicherung der gemeinsamen Werte erforderlich. Die NATO und die EU seien solche Bündnisse. **Ilkka Kanerva** (Nordmazedonien, assoziiertes Mitglied) bedankte sich für die Aufnahme als 30. Mitgliedstaat in der NATO. **Yehor Cherniev** (Ukraine, assoziiertes Mitglied) forderte einen Plan für die Möglichkeit einer NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine, die seit 2013 gegen die Russische Föderation ankämpfe, auch um die europäischen Werte aufrechtzuerhalten. Die Alliierten müssten ihre Aufmerksamkeit auf die Ukraine richten, um auch Europa zu stärken. Der Generalsekretär unterstrich die Solidarität der NATO mit der Ukraine, die weiterhin politisch und praktisch unterstützt werden müsse. Ein Ausbau der Beziehungen sei für beide Seiten von Vorteil. Das russische Verhalten im östlichen Teil der Ukraine sei absolut inakzeptabel. Die fortgeführte Modernisierung der ukrainischen Streitkräfte sei hinsichtlich einer Mitgliedschaft hilfreich. Auf die Frage von **Dragan Sormaz** (Serbien, assoziiertes Mitglied), wie die Zusammenarbeit der NATO mit Serbien eingeschätzt werde, führte er aus, die Neutralität des serbischen Staates werde anerkannt. Jeder Staat könne selbst darüber entscheiden, Mitglied einer Sicherheitskooperation zu werden. Sollte Serbien sich gegen eine Mitgliedschaft entscheiden, werde das respektiert. Er hoffe auf einen fortgesetzten Dialog mit Belgrad, um die Situation im Kosovo zu stabilisieren.

3. Ansprache des britischen Verteidigungsministers Ben Wallace

Der britische Verteidigungsminister **Ben Wallace** ging auf den Einmarsch türkischer Streitkräfte in Nordsyrien ein und führte aus, die Türkei stünde unter starkem Druck und werde bedroht. Die „Selbstverteidigung“ müsse maßvoll und unter Wahrung völkerrechtlicher Prinzipien und humanitärer Regeln erfolgen. **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigte sich „erstaunt“ über die Haltung des Ministers und erklärte, es handele sich hier nicht um einen Akt der Selbstverteidigung nach der Charta der Vereinten Nationen. Seine Frage, ob sich die Türkei im Fall eines syrischen Gegenangriffs auf die NATO-Beistandsverpflichtung in Artikel 5 NATO-Vertrag berufen könne, blieb insofern unbeantwortet, als dass der Minister auf die unabsehbaren Entwicklungen verwies.

4. Wahl der Präsidentin, der Vizepräsidenten und weiteren Amtsträgern der Versammlung

Das Plenum bestätigte Präsidentin **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) in ihrem Amt. Zwei ihrer Vertreter, **Miguel Angel Guterrez** (Spanien) und **Attila Mesterhazy** (Ungarn) wurden bei der Herbsttagung gewählt. Im Amt bestätigt wurden **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich), **Osman Askin Bak** (Türkei) und **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten). **Wolfgang Hellmich** (SPD) wurde zum Schatzmeister der Versammlung gewählt. Die Amtszeit dauert zwei Jahre und beginnt am 1. April 2020. Er kann zweimal wiedergewählt werden und ist Mitglied im Ständigen Ausschuss.

5. Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2020

Der Schatzmeister der Versammlung, **Marc Angel** (Luxemburg), erläuterte den Haushaltsentwurf der Versammlung für das kommende Haushaltsjahr 2020. Der Entwurf wurde einstimmig angenommen.

6. Beratung der Entschließungsentwürfe

Die Versammlung nahm sechs Entschließungen an. Die Entschließungen „Unterstützung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv der NATO nach dem INF-Vertrag“ und „Jüngste Entwicklungen in Afghanistan“ wurden bis auf drei Gegenstimmen der Abgeordneten Dr. Roland Hartwig (AfD), Gerold Otten (AfD) und Tobias Pflüger (DIE LINKE.) angenommen. Die Abgeordneten Dr. Roland Hartwig (AfD) und Gerold Otten (AfD) stimmten mit weiteren Mitgliedern gegen die von der Abgeordneten Ulla Schmidt (SPD) erarbeitete Entschließung „Bekräftigung des Bekenntnisses zu den Gründungsprinzipien und –werten der NATO“, die mehrheitlich angenommen wurde. Der Entschließungsentwurf „Stärkung der Cybersicherheit, Cyberabwehr und Cyberabschreckung der NATO“ des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurden vorgestellt und ohne Aussprache einstimmig angenommen. Die Entschließungsentwürfe „Die NATO wird 70: 70 Jahre Frieden und Sicherheit durch Geschlossenheit“ und „Die Bewältigung von sicherheitspolitischen Herausforderungen mit Ursprung in Afrika“ des Politischen Ausschusses wurden vorgestellt und von der Versammlung nach einer ausführlichen Aussprache verabschiedet.

Berlin, den 11. September 2020

Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier
Leiter der Delegation des Bundesrates

X. Verabschiedete Entschlüsse

Entschließung 454

BEKRÄFTIGUNG DES BEKENNTNISSES ZU DEN GRÜNDUNGSPRINZIPIEN UND -WERTEN DER NATO¹

verabschiedet vom

AUSSCHUSS FÜR DIE ZIVILE DIMENSION DER SICHERHEIT

Die Versammlung,

1. **anlässlich** des 70-jährigen Bestehens des transatlantischen Bündnisses – einer einzigartigen politisch-militärischen Gemeinschaft gleichgesinnter Nationen und des Bollwerks der freien Welt;
2. **davon überzeugt**, dass die anhaltende Bedeutung dieses Bündnisses als wichtiger internationaler Akteur nicht nur auf die militärische, wirtschaftliche und technologische Stärke seiner Mitglieder, aber auch auf das Bekenntnis zu den gemeinsamen Prinzipien und Werten, die das Fundament der transatlantischen Gemeinschaft bilden, zurückzuführen ist;
3. **unter Hinweis darauf**, dass der am 4. April 1949 in Washington D. C. unterzeichnete Nordatlantikvertrag in seiner Präambel besagt, dass die Verbündeten entschlossen sind, „die Freiheit, das gemeinsame Kulturerbe ihrer Völker, gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des Einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen“, und dass sich die Verbündeten in Artikel 2 zur „Stärkung ihrer freien Institutionen“ bekennen;
4. **feststellend**, dass insbesondere nach dem Fall der Berliner Mauer die NATO durch politische Verlautbarungen, ihre Politik der offenen Tür und Partnerschaftsmechanismen erheblich zur Verbreitung demokratischer Grundsätze im gesamten euroatlantischen Raum und darüber hinaus beigetragen hat;
5. **unter Hinweis auf** ihre eigene Rolle als Forum zur Beratung über das demokratische Verhalten von NATO-Mitgliedern während des Kalten Krieges und auf ihre Aktivitäten in der Zeit nach dem Kalten Krieg, durch die neue Demokratien gefördert und dabei unterstützt wurden, für den Verteidigungs- und Sicherheitsbereich parlamentarische Kontrollmechanismen zu entwickeln;
6. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass sich viele Völker nach dem Ende des Kalten Krieges befreien und der NATO beitreten konnten, und **mit Bedauern feststellend**, dass manche nach wie vor um ihre Freiheit und ihr Recht kämpfen, ihre außenpolitische Richtung selbst zu bestimmen und dem Bündnis beizutreten;
7. **eingedenk** der sich vollziehenden Paradigmenwechsel in der globalen politischen und sicherheitspolitischen Landschaft infolge bedeutender technologischer, wirtschaftlicher und demografischer Entwicklungen und **in dem Bewusstsein**, dass diese Entwicklungen Autokraten stärken und zu einer weltweiten Erosion der Demokratie und der Menschenrechtsnormen führen können;
8. **zutiefst beunruhigt darüber**, dass die euroatlantischen Staaten vor Phänomenen wie dem schrumpfenden Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen, Verdrossenheit über die etablierten politischen Parteien und Medien und generellen Rückschritten in Bezug auf die Demokratie, die das Vertrauen zwischen den Verbündeten gefährden können, nicht gefeit sind;
9. **unter Missbilligung** der Einmischung von außen, insbesondere durch die Russische Föderation, in die demokratischen Verfahren in Nordamerika und Europa, der Aggression gegen die Ukraine und Georgien und der Versuche, die Geschlossenheit des Bündnisses zu untergraben und interne Spaltungen durch Cyberangriffe, die Manipulation von Social Media und andere hybride Taktiken zu vertiefen;
10. gleichwohl **unter Betonung der Tatsache**, dass die Gründungsprinzipien und -werte des Bündnisses nach wie vor Bestand haben und weiterhin Wesensmerkmal der Identität des Bündnisses sind;

¹ vom Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, den 14. Oktober 2019, in London (Vereinigtes Königreich) verabschiedete Entschließung.

11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**, einen aktiveren Ansatz in Bezug auf die Förderung und den Schutz demokratischer Werte innerhalb der euroatlantischen Gemeinschaft und darüber hinaus zu verfolgen und insbesondere
- a. zu erwägen, eine Stelle innerhalb der NATO-Institutionen mit dem Mandat und der Fähigkeit auszustatten, im Falle eines berechtigten Grundes – in respektvoller und konstruktiver Weise – das demokratische Verhalten von Mitglieds- und Kandidatenländern zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten sowie den Mitgliedstaaten im Hinblick auf einen ordnungsgemäßen und sicheren Wahlablauf, die Unabhängigkeit der Justiz, die Pressefreiheit und andere zur Aufrechterhaltung einer lebendigen Demokratie wichtige Aspekte Unterstützung anzubieten;
 - b. zu erwägen, das strategische Konzept der NATO zu aktualisieren, um ein stärkeres Bekenntnis zu demokratischen Werten darin aufzunehmen, und die Bezüge auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der externen Kommunikation der NATO einschließlich der Schlusskommunikés der NATO-Gipfel auszuweiten;
 - c. eine angemessene Unterstützung der einschlägigen Kompetenzzentren sicherzustellen, namentlich des NATO-Kompetenzzentrums für kooperativen Schutz vor Computerangriffen, des NATO-Kompetenzzentrums für strategische Kommunikation sowie des Europäischen Kompetenzzentrums für die Abwehr hybrider Bedrohungen, um Programme zur Stärkung der Demokratie in den Mitgliedstaaten zu fördern;
 - d. sich über bewährte Verfahren und innovative Techniken auszutauschen und die Zusammenarbeit mit der EU bei der Verbesserung der digitalen Kompetenzen der Bürger und der Bekämpfung von Desinformation, Hetze und anderen hybriden Bedrohungen weiter auszubauen;
 - e. nationale Wahlsysteme als strategische nationale Infrastrukturen zu bezeichnen und sie mit einem angemessenen Schutz zu versehen sowie Wahlkampfverantwortliche und -teilnehmer darüber aufzuklären, wie feindliche Einflussnahme erkannt und vermieden werden kann;
 - f. die NATO-Abteilung für Public Diplomacy und die einschlägigen nationalen Akteure, einschließlich von Parlamentariern, in ihren Bemühungen zu unterstützen, die neuen Generationen von Europäern und Nordamerikanern zu erreichen und für die zentralen Aufgaben und Werte der NATO ein stärkeres Bewusstsein zu schaffen;
 - g. das Bekenntnis zur NATO-Politik der offenen Tür als einem Instrument zur Erweiterung der Zone der Stabilität und der demokratischen Normen in Europa zu bekräftigen und die euroatlantische Integration von Bosnien und Herzegowina, Georgien und der Ukraine zu unterstützen und ihnen bei der Stärkung ihrer Widerstandskraft gegen Einmischung von außen zu helfen;
 - h. multilaterale Maßnahmen zur Sanktionierung von Personen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, zu unterstützen;
 - i. die Umsetzung der NATO-Agenda zu Frauen und Frieden und Sicherheit zu fördern und Gleichstellungsfragen bei allen Tätigkeiten der NATO systematisch zu berücksichtigen;
 - j. sich auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene verstärkt darum zu bemühen, die Ursachen der öffentlichen Unzufriedenheit, z. B. Migration und Einkommensungleichheit, zu bekämpfen;
 - k. Führungspersonlichkeiten in Politik, Kultur und Wissenschaft zu animieren, zur Wiedergewinnung öffentlicher Unterstützung für demokratische Werte und die regelbasierte Weltordnung beizutragen;
 - l. die Parlamentarische Versammlung der NATO weiterhin als Ort für den Meinungsaustausch unter den NATO-Mitgliedern darüber zu nutzen, wie die Kerngrundsätze der NATO innerhalb des Bündnisses und darüber hinaus verteidigt und gefördert werden können;
12. **FORDERT** die internationalen Social-Media-Unternehmen **NACHDRÜCKLICH AUF**, ausreichende Ressourcen bereitzustellen und mit den einschlägigen internationalen Organisationen, darunter auch der NATO, ihren Mitgliedstaaten und Partnerländern sowie deren Zivilgesellschaften, zusammenzuarbeiten, um Desinformationskampagnen und Manipulationsversuche in sozialen Medien, mit denen die freien Wahlentscheidungen der Mitglied- und Partnerstaaten beeinflusst werden sollen, zu identifizieren und zu bekämpfen.

Entschließung 455**UNTERSTÜTZUNG DES VERTEIDIGUNGS- UND ABSCHRECKUNGSDISPOSITIVS DER NATO
NACH DEM INF-VERTRAG²**

verabschiedet vom

AUSSCHUSS FÜR VERTEIDIGUNG UND SICHERHEIT

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung der Tatsache**, dass die Bevölkerungen und Hoheitsgebiete des Bündnisses, insbesondere seine östlichen Gebiete sowie seine Nachbarländer, bereits erheblichen und sich verschärfenden konventionellen und hybriden Bedrohungen ausgesetzt sind;
2. **wachsam** gegenüber den Anstrengungen von Staaten wie Nordkorea und Iran zur Entwicklung neuer, schlagkräftiger und präziser ballistischer und Marschflugkörpersysteme, und angesichts der Missachtung des Völkerrechts durch diese Länder und ihre potenzielle Bereitschaft, diese Waffen mit nuklearen Sprengköpfen zu bestücken, besorgt über die davon ausgehende Gefahr für die internationale Sicherheit;
3. sich der neuerlichen Fokussierung Chinas auf seine nuklearen Fähigkeiten zur Steigerung der Größe, Robustheit, Präzision und Mobilität seiner Kernwaffensysteme **bewusst und in Anerkennung der Tatsache**, dass Chinas Maßnahmen zur Modernisierung und Erweiterung seines Kernwaffenarsenals den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu destabilisieren drohen;
4. **besorgt** über die verstärkten Anstrengungen Russlands zur Modernisierung seiner aktuell vorhandenen strategischen und taktischen nuklearen Streitkräfte, und **beunruhigt** über seine Bestrebungen zur Entwicklung neuer destabilisierender Kernwaffen mit dem Ziel, jegliche Abwehrkräfte dagegen zu überwältigen;
5. **unter Betonung** der mit der neuerlichen Fokussierung Russlands auf die Kernwaffenentwicklung verbundenen Gefahren, wie durch die jüngsten Vorfälle im Zusammenhang mit Russlands experimentellen Kernwaffensystemen verdeutlicht wurde;
6. **unterstreichend**, dass Russlands aggressive nukleare Rhetorik, die Kombination konventioneller und nuklearer Komponenten bei seinen Militärübungen und die fortwährende Ambivalenz seiner Nukleardoktrin auf eine möglicherweise niedrigere Schwelle für den Einsatz von Kernwaffen hindeuten;
7. **mit Bedauern darüber**, dass diese Entwicklungen Russlands Entschlossenheit unter Beweis stellen, Kernwaffen als ein zentrales Mittel zur Behauptung seiner Weltmachtstellung einzusetzen;
8. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass ungeachtet des Budapester Memorandums, das die Einhaltung der vorhandenen Grenzen, der Sicherheit und der Souveränität der Ukraine garantiert, der Angriff Russlands auf die Ukraine, die darauf folgende Annexion der Krim durch Russland und die Besetzung bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Lugansk die globalen Nichtverbreitungsanstrengungen untergraben haben;
9. die Vorbereitungen Russlands zur Stationierung von Atomwaffen auf der Krim **rügend**;
10. **unter Verurteilung** der russischen Verstöße gegen den Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), der mehr als drei Jahrzehnte lang ein Pfeiler der Stabilität für die europäische Sicherheit war, und **unter nachdrücklicher Befürwortung** der Entscheidung der Vereinigten Staaten, nach ihren umfassenden Bemühungen, um Russland wieder zur Einhaltung zu bewegen, von dem Vertrag zurückzutreten;
11. Russlands Verhalten für das Scheitern des INF-Vertrags und die Abnahme des Vertrauens und der Stabilität innerhalb bilateraler Rüstungskontrollvereinbarungen, was sich auf die künftigen Bemühungen zur Begrenzung der Entwicklung und Stationierung von Kernwaffen negativ auswirken kann, **verantwortlich machend**;
12. unter Hervorhebung der Entscheidung der NATO, im Hinblick auf die Stationierung neuer landgestützter Raketen in Europa „auf maßvolle und verantwortungsvolle Weise“ auf das Ende des INF-Vertrags zu reagieren;
13. **unter nachdrücklicher Befürwortung** der Ankündigung des Bündnisses, dass es sowohl sicherstellen wolle, dass seine nukleare Abschreckung sicher, verlässlich und effektiv bleibt, als auch Möglichkeiten prüfen

² vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 14. Oktober 2019, in London (Vereinigtes Königreich) verabschiedete Entschließung.

wolle, an „Fragen zu arbeiten“ wie Übungen, Nachrichtenwesen, Überwachung und Aufklärung, Luft- und Raketenabwehr sowie konventionelle Fähigkeiten;

14. **unter erneuter Bekräftigung** des langjährigen Eintretens der NATO für die Rüstungskontrolle, wie in der Gipfelerklärung von Brüssel 2018 dargelegt, und ihrer kontinuierlichen Unterstützung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV);

15. die laufende Debatte über eine mögliche Verlängerung des neuen Vertrags über die Reduzierung strategischer Waffen (neuer START-Vertrag), der gegenwärtig den einzig verbliebenen Rüstungskontrollvertrag für strategische Kernwaffen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland darstellt und der 2021 auslaufen soll, **zur Kenntnis nehmend** und dessen Erweiterung **unterstützend**;

16. **unter Bekräftigung der Tatsache**, dass Kernwaffen, solange sie bestehen, ein zentraler Bestandteil des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs des Bündnisses bleiben müssen und die Verlautbarungen der NATO hinsichtlich Kernwaffen erkennen lassen müssen, dass die Verbündeten bereit sind, die zu ihrer Verteidigung notwendigen Schritte zu unternehmen;

17. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass seitens der Vereinigten Staaten, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs eine kernwaffentechnische Modernisierung vonnöten ist, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit der bestehenden Arsenale zu gewährleisten und auf die sich verändernden Gegebenheiten im Kernwaffenbereich zu reagieren, und dass eine solche Modernisierung den internationalen vertraglichen Verpflichtungen dieser Länder nicht entgegensteht;

18. die Notwendigkeit **unterstreichend**, dass der NATO-Auftrag der nuklearen Abschreckung, einschließlich der Unterstützung der Verbündeten für die vorwärtsdislozierten Kernwaffen der USA und die zu ihrer Unterhaltung und potenziellen Verlegung erforderlichen Systeme, in vollem Umfang aufrechterhalten wird;

19. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

- a. die Aufrechterhaltung einer sicheren, starken, wirksamen und überlebensfähigen nuklearen Abschreckung seitens des Bündnisses als eine zentrale Säule seiner Verteidigungs- und Abschreckungspolitik zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Bevölkerungen und der Hoheitsgebiete der Verbündeten weiter zu unterstützen und die Gefahren eines sich wandelnden internationalen Sicherheitsumfelds, das durch die Entwicklung und Stationierung moderner und destabilisierender Kernwaffen gekennzeichnet ist, möglichst gering zu halten;
- b. die zur Modernisierung bestehender Kernwaffensysteme und der sie unterstützenden Infrastrukturen erforderlichen Investitionen über das gesamte Spektrum des atomaren Auftrags der NATO fortzusetzen, einschließlich der Unterhaltung der vorwärtsdislozierten Kernwaffen der USA;
- c. neue Verteidigungs- und Abschreckungsmaßnahmen, die vom Bündnis als Reaktion auf das sich wandelnde Sicherheitsumfeld nach dem INF-Vertrag getroffen werden, namentlich eine Verstärkung in den Bereichen Übungen, Nachrichtenwesen, Überwachung und Aufklärung, Luft- und Raketenabwehr sowie konventionelle Fähigkeiten, zu unterstützen und ausreichend Mittel für sie vorzusehen;
- d. ihre Bevölkerungen über die Unverzichtbarkeit der nuklearen Fähigkeiten des Bündnisses im Rahmen seines allgemeinen Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs und somit über die Notwendigkeit, genügend Ressourcen zur Aufrechterhaltung sicherer und verlässlicher nuklearer Fähigkeiten bereitzustellen, aufzuklären;
- e. die Bemühungen der NATO, den NVV als Eckpfeiler des globalen Nichtverbreitungsregimes zur Verhinderung der Ausbreitung von Kernwaffen aufrechtzuerhalten, zu unterstützen und andere Staaten darin zu bestärken, sich internationalen Rüstungskontroll-, Abrüstungs- und Nichtverbreitungsinitiativen anzuschließen, die der Situation im Kernwaffenbereich, die die Verbündeten zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit insgesamt entschärfen möchten, Rechnung tragen.

Entschließung 456**AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IN AFGHANISTAN³**

verabschiedet vom

AUSSCHUSS FÜR VERTEIDIGUNG UND SICHERHEIT

Die Versammlung,

1. **unter Hinweis darauf**, dass Afghanistan für die NATO-Mitglieder und ihre internationalen Partner, deren Hauptaufgabe ist, die Stabilisierung Afghanistans aktiv zu unterstützen und zur Schaffung von nachhaltigem Frieden in diesem Land beizutragen, damit es nie wieder zum Rückzugsraum für den internationalen Terrorismus wird, nach wie vor hohe Priorität genießt;
2. die über 3.000 Soldatinnen und Soldaten der NATO-Mitglieder und Partnerländer, die im Rahmen der Bemühungen zur Herstellung von Frieden und Stabilität in Afghanistan ums Leben gekommen sind, **ehrend und in Anerkennung** der Beiträge in Höhe von einigen Milliarden Dollar, die diese Länder für den Wiederaufbau und die Entwicklung Afghanistans geleistet haben;
3. **unter Begrüßung** des auf dem Gipfeltreffen 2018 in Brüssel gefassten Beschlusses zur Fortsetzung der Mission „Resolute Support“, bei der die nationalen afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte (ANDSF) in ihrem Auftrag, die Bevölkerung und das Hoheitsgebiet Afghanistans zu schützen, ausgebildet, beraten und unterstützt werden;
4. **besorgt** über die unzureichenden Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors im Land, die die Kapazität und Einsatzbereitschaft der ANDSF beeinträchtigen und zur Folge haben, dass die ANDSF weiter auf Unterstützung von außen angewiesen sind;
5. **beunruhigt** über die zunehmende Instabilität und den sprunghaften Anstieg der Zahl ziviler Opfer aufgrund der verstärkten Militäraktionen der Taliban zur Eroberung weiterer Gebiete und Maximierung ihres Gewichts am Verhandlungstisch;
6. **in Sorge** über die anhaltenden und eskalierenden Angriffe der internationalen Terrorgruppe ISIL-KP (auch unter der Bezeichnung „Daesh“ bekannt) bei ihren Bemühungen, Instabilität zu erzeugen und die Friedensverhandlungen zu gefährden;
7. darüber **enttäuscht**, dass der Drogenhandel im Land weiterhin floriert und eine wesentliche Einnahmequelle für die Taliban und andere bewaffnete Gruppen von Aufständischen darstellt, was der verbreiteten Korruption in den Institutionen, insbesondere im Sicherheits- und Justizsektor, Vorschub leistet und ein Geflecht destabilisierender krimineller Netzwerke im Lande selbst, der gesamten Region und weltweit aufrecht erhält;
8. **bestärkt** durch die innerafghanische Friedenskonferenz vom Juli 2019, bei der ein breites Spektrum wichtiger Akteure in Afghanistan zusammentraf und man sich auf eine Formel für künftige alle Seiten einschließende Verhandlungen verständigte;
9. die Hauptbeteiligten am anhaltenden Konflikt in Afghanistan **nachdrücklich auffordernd**, sich um konstruktive und alle Seiten einschließende innerafghanische Friedensverhandlungen zu bemühen, um eine Beilegung zu ermöglichen, die einer gemeinsamen Auffassung von der Zukunft Afghanistans entspricht;
10. **besorgt** über die Auswirkungen von Richtungsstreitigkeiten innerhalb der Nationalversammlung Afghanistans in Bezug auf die Erfüllung ihrer Aufgaben, was zu ihrer zunehmenden Marginalisierung durch die Exekutive im politischen Entscheidungsprozess führt;
11. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass nur ein unabhängiges, funktionierendes, rechenschaftspflichtiges und transparentes Justizwesen für die Herstellung der Rechtsstaatlichkeit, gesteigertes Vertrauen in die Institutionen des Landes und eine Eindämmung der Korruption sorgen kann;
12. **unter Verweis** auf die Fortschritte, die seit dem Sturz der Taliban 2001 in zentralen Bereichen zum Wiederaufbau und zur Stärkung Afghanistans erzielt wurden, darunter ein verbesserter Zugang zu fließendem

³ vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 14. Oktober 2019, in London (Vereinigtes Königreich) verabschiedete Entschließung.

Wasser, Strom und Arzneimitteln, verbesserte allgemeine Gesundheitsindizes, ein leistungsfähigeres und inklusiveres Bildungssystem, die Einbeziehung von Frauen in alle Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Strafverfolgung und die Friedenskonsolidierung, und die stärker diversifizierte und wachsende Wirtschaft;

13. **ermutigt** durch die deutlichen Fortschritte, die afghanische Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten erzielt haben, und durch die Entschlossenheit, die afghanische Frauen bei dem Versuch, diese Erfolge zu bewahren und zu sichern, gezeigt haben;

14. **gleichwohl in der Erkenntnis**, dass die sozioökonomischen Fortschritte sehr ungleich über das Land verteilt sind und die internationale Finanzhilfe unverzichtbar bleiben wird, um die laufenden Verwaltungsausgaben und Entwicklungsprogramme Afghanistans zu decken;

15. **unter Bekräftigung** des Bekenntnisses der NATO-Mitgliedstaaten, die finanzielle Unterstützung für die afghanischen Sicherheitskräfte bis zum Jahr 2024 fortzuführen, und **in Anerkennung** der entscheidenden Rolle, die diese Unterstützung und die allgemeine Entwicklungshilfe im Hinblick auf die Entwicklung des afghanischen Staates und die Verbesserung der Lebensbedingungen für die afghanische Bevölkerung spielt;

16. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und ihrer zu den internationalen Bemühungen in Afghanistan beitragenden Partnern **NACHDRÜCKLICH AUF**,

- a. die ANDSF weiter zu unterstützen, indem die laufenden Sicherheitsbeistandsprogramme zum Aufbau einer leistungsfähigen, sich selbst tragenden und professionellen Streitkraft, die die Voraussetzungen für dauerhaften Frieden und dauerhafte Stabilität in Afghanistan schaffen soll, effektiver gestaltet werden;
- b. ihre Missionen zur Unterstützung der Sicherheitskräfte in Afghanistan bis zur Erzielung eines Friedensabkommens fortzusetzen, um angesichts der anhaltenden Versuche der Gruppen von Aufständischen, eine mögliche Friedensregelung, die Wiederaufbaumaßnahmen und die regionale Stabilität zu torpedieren, für das nötige Gegengewicht zu sorgen;
- c. alle Seiten einschließende innerafghanische Friedensverhandlungen in vollem Umfang zu unterstützen und dazu beizutragen, dass ein daraus resultierendes Friedensabkommen von Bestand ist, indem für die wichtigsten nach dem Konflikt anstehenden Aufgaben, etwa die Wiedereingliederung ehemaliger Taliban-Kämpfer in die Gesellschaft, die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und den Aufbau der Afghanischen Nationalen Polizei, langfristige finanzielle und technische Unterstützung bereitgestellt wird;
- d. das afghanische Parlament in seinem Bemühen, zu einem zentralen Gesetzgebungsorgan zu werden, das auf das allgemeine Wohl der gesamten afghanischen Nation hinarbeitet, zu unterstützen;
- e. alles in ihrer Macht stehende zu tun, um dafür zu sorgen, dass afghanische Frauen bei den Friedensverhandlungen mit am Verhandlungstisch sitzen, und eine endgültige Lösung zu unterstützen, die die hart errungenen Rechte afghanischer Frauen und Mädchen bewahrt;

17. **FORDERT** die Regierung und die Nationalversammlung Afghanistans **AUF**,

- a. auf einer Friedensregelung zu bestehen, bei der die seit 2001 in Afghanistan erzielten politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Erfolge bewahrt werden, und die maßgebliche und dauerhafte Beteiligung von Frauen in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft in diese Regelung einzubeziehen;
- b. die Machtkämpfe zwischen den Gruppierungen zu beenden und die rechtmäßige Rolle des afghanischen Parlaments im Gesetzgebungsverfahren zu achten sowie die breit angelegten institutionellen Reformen zu beschleunigen, um so die Voraussetzungen für eine legitime und effektive Staatsführung und die umfassende Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land zu schaffen.

Entschließung 457**DIE NATO WIRD 70: 70 JAHRE FRIEDEN UND SICHERHEIT DURCH GESCHLOSSENHEIT⁴**

Die Versammlung,

1. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass die NATO Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum seit über 70 Jahren voranbringt, und **unter Bekräftigung der Tatsache**, dass das Bündnis nach wie vor den Eckpfeiler der transatlantischen Sicherheit bildet;
2. **unter Betonung der Tatsache**, dass die einzigartige Stärke der NATO in dem Bekenntnis Europas und Nordamerikas zur Verteidigung der Sicherheit des jeweils anderen liegt, und **unter Bekräftigung der Tatsache**, dass alle NATO-Mitgliedstaaten dem in Artikel 5 des NATO-Vertrags enthaltenen Grundsatz verpflichtet sind, demzufolge ein Angriff gegen einen Mitgliedstaat ein Angriff gegen alle Mitgliedstaaten betrachtet wird;
3. **in Anerkennung der Tatsache**, dass Bedrohungen wie extremer Nationalismus und polarisierte Gesellschaften das Bündnis von innen heraus vor große Probleme stellen;
4. **unter Begrüßung** des Treffens der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2019 in London, bei dem die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der NATO als Gelegenheit genutzt werden sollen, dafür zu sorgen, dass das Bündnis für künftige sicherheitspolitische Herausforderungen gewappnet ist,
5. **zur Kenntnis nehmend**, dass die NATO nach wie vor die erfolgreichste Sicherheitsorganisation darstellt, da sie glaubwürdig ist, und dass diese Glaubwürdigkeit auf den militärischen Fähigkeiten der NATO und einer gemeinsamen Zielsetzung beruht;
6. **unter Betonung der Tatsache**, dass der Erfolg der NATO auch auf ihr Eintreten für gemeinsame Werte zurückzuführen ist: das Bekenntnis zu Demokratie, Freiheit des Einzelnen, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit;
7. **unter Begrüßung** der spürbaren Fortschritte, die nach der auf dem Gipfel von Wales 2014 getroffenen Zusage für Verteidigungsinvestitionen bei den Verteidigungsausgaben des Bündnisses und der Modernisierung der militärischen Ausrüstung erzielt wurden, darüber hinaus aber **zur Kenntnis nehmend**, dass das relative Ungleichgewicht der Verteidigungsausgaben und der militärischen Fähigkeiten innerhalb der NATO noch nicht beseitigt ist;
8. **überzeugt**, dass die Aussicht auf Erweiterungen und der Geist der kooperativen Sicherheit Stabilität und Sicherheit in der euroatlantischen Region fördern, und **unter Bekräftigung** ihres Bekenntnisses zur NATO-Politik der offenen Tür und zur Unterstützung dieser Politik;
9. **unter Hervorhebung** des entscheidenden Beitrags von NATO-Partnerschaften wie dem Mittelmeerdialo für Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum, in der MENA-Region und darüber hinaus;
10. **die wichtigen Schritte**, die zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen NATO und EU unternommen wurden, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend** und **in Anerkennung** des strategischen Potenzials, das durch die erweiterte Nutzung ihrer komplementären Fähigkeiten ausgeschöpft werden könnte;
11. **anerkennend**, dass die aggressive Haltung und die aggressiven Handlungen Russlands sowie die fortwährende Instabilität an der Südflanke der NATO eine Herausforderung für die Sicherheit der NATO-Mitglieder und Partnerländer und neue Sicherheitsbedrohungen darstellen, unter anderem auch im Cyber-Bereich;
12. **in dem Bewusstsein**, dass globale Entwicklungstendenzen wie Verschiebungen im wirtschaftlichen und militärischen Machtgefüge und bei den demografischen Verhältnissen und sich rasch entwickelnde Technologien die NATO zwingen, ihre strategische Perspektive ständig zu überprüfen;

⁴ vom Politischen Ausschuss vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, den 14. Oktober 2019, in London (Vereinigtes Königreich) verabschiedete Entschließung.

13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
- a. das Strategische Konzept zu aktualisieren, um der neuen Sicherheitslage insbesondere im Hinblick auf Cyber-Bedrohungen und hybride Bedrohungen, das aggressive Verhalten Russlands, den zunehmenden Einfluss Chinas, die Bedrohungen für die Südflanke des Bündnisses aufgrund des Fortbestehens islamistischer Terrorgruppen und die Fragilität mancher staatlicher Strukturen in dieser Region Rechnung zu tragen;
 - b. die Bemühungen um die Umsetzung der Zusage für Verteidigungsinvestitionen zwecks fairer Aufteilung der Verteidigungslasten fortzusetzen und zu verstärken, da dies entscheidend für den Zusammenhalt des Bündnisses und notwendig für den Wiederaufbau und die Beibehaltung der militärischen Fähigkeiten zur Abschreckung und Verteidigung gegen potenzielle Gegner ist;
 - c. das Bündnis erneut auf die gemeinsamen demokratischen Werte festzulegen, die seine Gründungsprinzipien darstellen, und zu diesem Zweck Programme zur Stärkung der Widerstandskraft der Demokratie in den Mitgliedstaaten zu entwickeln und die Einrichtung eines Koordinierungszentrums für die Widerstandskraft der Demokratie (Democratic Resiliency Coordination Centre, DRCC) innerhalb der institutionellen Strukturen der NATO zu erwägen, um die NATO-Mitgliedstaaten bei der Stärkung ihrer demokratischen Institutionen zu unterstützen;
 - d. eine angemessene Unterstützung der einschlägigen Kompetenzzentren sicherzustellen, namentlich des NATO-Kompetenzzentrums für kooperativen Schutz vor Computerangriffen, des NATO-Kompetenzzentrums für strategische Kommunikation sowie des Europäischen Kompetenzzentrums für die Abwehr hybrider Bedrohungen, um Programme zur Stärkung der Demokratie in den Mitgliedstaaten zu fördern;
 - e. die Beziehungen zwischen NATO und EU weiterzuentwickeln, insbesondere in den Bereichen Cyber-Verteidigung und militärische Mobilität;
 - f. ihre Partner im Osten - insbesondere die Ukraine und Georgien - gegen die Einmischung von Seiten Russlands zu unterstützen und die Unterstützung für ihre Reformprozesse beizubehalten und wenn möglich auszubauen, insbesondere für die Länder, die die Integration in die euroatlantischen Strukturen (aktuell Bosnien und Herzegowina, Georgien und die Ukraine) anstreben;
 - g. die politische und praktische Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern, darunter den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union, der Arabischen Liga und dem Golf-Kooperationsrat, weiterzuentwickeln;
 - h. sich für den Abschluss weiterer Partnerschaften mit lateinamerikanischen Ländern nach dem Beispiel Kolumbiens einzusetzen, die Sicherheit und Stabilität des euroatlantischen Raums zu stärken und unser gemeinsames Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Freiheit des Einzelnen zu fördern.

Entschließung 458

DIE BEWÄLTIGUNG VON SICHERHEITSPOLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN AUS AFRIKA⁵

verabschiedet vom

POLITISCHEN AUSSCHUSS

Die Versammlung,

1. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass die Sicherheit an der Südflanke der NATO eng mit der Stabilität der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA-Region) verwoben ist, die wiederum in schwerwiegender Weise von den Folgen der unberechenbaren Lage in den weiter im Süden liegenden Ländern betroffen ist;
2. **äußerst beunruhigt** über die sich verschlechternde Sicherheitslage in Libyen, die durch Dschihadisten und den Ausbau der militärischen Unterstützung für die Anführer libyscher Milizen durch Russland verursacht

⁵ vom Politischen Ausschuss vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, den 14. Oktober 2019, in London (Vereinigtes Königreich) verabschiedete Entschließung.

wurde und durch die Unsicherheit und Chaos eskalieren und eine weitere Destabilisierung heraufbeschworen wird;

3. **in Anerkennung der Tatsache**, dass das Zusammenwirken von Korruption, schwachen Institutionen, Radikalisierung, Terrorismus und illegalem Waffen-, Drogen- und Menschenhandel in weiten Teilen des Kontinents chronische Unsicherheit hervorruft;

4. **in Anerkennung dessen**, dass durch die Ausbreitung militanter Islamistengruppen über die Sahelzone hinaus ein Gürtel des gewaltbereiten Extremismus in Afrika entsteht;

5. **unter Begrüßung** der abnehmenden irregulären Migration über das Mittelmeer, gleichwohl **in der Erkenntnis**, dass die der Migration zugrundeliegenden Ursachen bislang noch nicht angegangen worden sind;

6. **zur Kenntnis nehmend**, dass sich die NATO in jüngster Zeit stärker mit den von Afrika her stehenden Herausforderungen befasst und dass mit dem Rahmenwerk für den Süden für ein integriertes und einheitliches Vorgehen der NATO gegenüber ihren südlichen Nachbarn gesorgt werden soll;

7. die Einrichtung des NATO-Koordinierungszentrums für den Süden in Neapel **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**, da sich mit ihm der Kenntnisstand über die Sicherheit nicht nur in der MENA-Region, sondern auch in den Gebieten südlich davon verbessert;

8. **in Anerkennung der Tatsache**, dass sich das Engagement der NATO gegenüber dem Süden auf drei Schwerpunkte konzentriert:

a. Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO gegenüber den von Süden herrührenden Bedrohungen,

b. Leistung von Beiträgen zu den internationalen Krisenbewältigungsmaßnahmen in der Region sowie

c. **Unterstützung der regionalen Partner bei der Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber Sicherheitsbedrohungen wie Terrorismus;**

9. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass es einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der NATO, der EU und der Afrikanischen Union (AU) bedarf, um Ländern in Afrika und dem Nahen Osten, die an umfassenden politischen und wirtschaftlichen Reformprogrammen interessiert sind, fundierte Unterstützung zu bieten;

10. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und die NATO-Partner **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die Kenntnisse über die Lage zu verbessern und zu diesem Zweck Frühwarnfähigkeiten auszubauen, um Instabilität und Sicherheit in Afrika zu überwachen, beispielsweise durch den verbesserten Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse zwischen Verbündeten und Partnerländern im Koordinierungszentrum für den Süden und stärkere Koordinierung mit den Frühwarnmechanismen innerhalb der EU zwecks Schaffung eines neuen NATO-EU-Kooperationsbereichs, der die Fähigkeiten der NATO zur Überwachung potenzieller Bedrohungen ausbaut;

b. sich für Kapazitätsaufbaumaßnahmen, Dialog und Informationsaustausch sowie Ausbildungsmaßnahmen für Sicherheitskräfte in der Sahel-Region einzusetzen, um regionale Terrornetzwerke daran zu hindern, sich mit ähnlichen Gruppen zusammenzuschließen und dadurch eine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der NATO-Mitglieder zu schaffen; manche von ihnen treffen bereits Vorkehrungen, um eine angemessene Reaktion zu bieten, beispielsweise wenn ihre Verbindungen zum Kontinent aktueller sind als die der NATO-Mitglieder mit einer etablierten Präsenz;

c. Partnerländer des Mittelmeerdialogs (MD) bei der Erarbeitung geeigneter Strategien zur Terrorismusbekämpfung, die eine Aussöhnung zwischen den Volksgruppen und einen alle Seiten einbeziehenden politischen Prozess fördern, stärker zu unterstützen;

d. zu ermitteln, welches Potenzial Mitgliedstaaten wie Portugal, Spanien, Italien und Griechenland im Hinblick auf die Stärkung der Sicherheit in Afrika aufgrund ihrer privilegierten geografischen Lage als Brücke zwischen Europa und dem afrikanischen Kontinent bieten könnten;

e. die Möglichkeiten für einen gemeinsamen Ansatz von EU und NATO zur Förderung von Stabilität in Afrika und der MENA-Region zu prüfen, damit beide Organisationen gemeinsame Ziele verfolgen, die dafür notwendigen Mittel festlegen und die Bemühungen des jeweils anderen verstärken können;

f. die noch jungen Beziehungen der NATO zu afrikanischen Akteuren, insbesondere der Afrikanischen Union, weiter auszubauen;

- g. die Zusammenarbeit des Bündnisses mit der AU in sicherheits- und politikbezogenen Fragen weiter auszubauen, etwa hinsichtlich der Operationalisierung der Afrikanischen Eingreiftruppe (African Standby Forces, ASF) und der Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung durch die Ausweitung der NATO-Programme zur Schaffung von Integrität („Building Integrity“);
- h. zu erwägen, das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) auf die südlich der Sahara gelegenen afrikanischen Staaten, die daran interessiert sind, ihrer Zusammenarbeit mit dem Bündnis in politischen und sicherheitsrelevanten Fragen einen formalen Charakter zu verleihen, auszuweiten, und zwar so, dass es als Ergänzung zu weiteren Missionen dient, die im Zusammenhang mit Stabilisierungsprozessen stehen, beispielsweise der Partnerschaft für Sicherheit und Stabilität in der Sahel-Zone.

Entschließung 459

STÄRKUNG DER CYBERSICHERHEIT, CYBERABWEHR UND CYBERABSCHRECKUNG DER NATO⁶

verabschiedet vom

AUSSCHUSS FÜR WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung** der immer komplexeren internationalen Bedrohungslage im Cyberbereich;
2. **zunehmend konfrontiert** mit anhaltenden Cyberkampagnen, die die Schwelle zum bewaffneten Konflikt noch nicht erreichen, und **in der Erkenntnis**, dass dem Bündnis bei deren Bekämpfung eine wichtige Rolle zukommt;
3. **weiterhin wachsam** gegenüber den zunehmenden Cyberbedrohungen durch terroristische und extremistische Gruppen;
4. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass Cyberangriffe durch Staaten oder deren Stellvertreter die größte Cyberbedrohung für die NATO darstellen;
5. **unter Betonung der Tatsache**, dass Cyberangriffe den Wohlstand, die Sicherheit und die Stabilität im euroatlantischen Raum gefährden können und dadurch zur Ausrufung des kollektiven Verteidigungsfalls nach Artikel 5 des NATO-Gründungsvertrags führen könnten;
6. **unterstreichend**, dass es in der Eigenverantwortung der Verbündeten liegt, sowohl individuelle als auch kollektive Fähigkeiten zu entwickeln, um Cyberangriffen zu widerstehen, gleichwohl die zentrale Unterstützungsfunktion der NATO **hervorhebend**;
7. **unter Betonung** des defensiven Auftrags der NATO, ihrer kontinuierlichen Beachtung des Völkerrechts und des Grundsatzes einer starken politischen Kontrolle von militärischen Operationen;
8. **unter Hinweis darauf**, dass im Cyberspace genauso wirksam operiert und verteidigt werden muss wie in anderen militärischen Bereichen;
9. **mit Lob** für die jüngsten Fortschritte der Verbündeten und der NATO bei der Stärkung der Cybersicherheit, Cyberabwehr und Cyberabschreckung;
10. **unter Hinweis auf** die Schwierigkeit der Zuordnung von Cyber-Angriffen und die Gefahr der Eskalation und der Notwendigkeit seitens der Staaten, Entscheidungen über geeignete Reaktionsmaßnahmen zu treffen, **hervorhebend**;
11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. ihre im Rahmen des NATO-Verteidigungsplanungsprozesses und der NATO-Vereinbarung zur Cyber-Abwehr eingegangenen nationalen Verpflichtungen im Cyberbereich zu erfüllen;

⁶ vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 14. Oktober 2019, in London (Vereinigtes Königreich) verabschiedete Entschließung.

- b. bis Ende 2019 eine NATO-Doktrin für den Cyberspace anzunehmen;

Cyber-Sicherheit und -Abwehr

- c. ihre Anstrengungen in folgenden Bereichen zu verstärken:
- i. Entwicklung der Cyber-Fähigkeiten;
 - ii. Ausgaben im Rahmen der Cyber-Abwehr;
 - iii. Anpassung der Strukturen bei Verbündeten und NATO;
 - iv. Integration von Cyber-Effekten in Militäroperationen;
 - v. Verfeinerung von Cyber-Strategien und -Maßnahmen auf nationaler Ebene und NATO-Ebene;
 - vi. Zusammenarbeit und Austausch bewährter Verfahren;
 - vii. Lagebewusstsein, Informationsaustausch und Bewertung;
 - viii. Erweiterung von Fachwissen und Kenntnissen bei allen nationalen und NATO-bezogenen Interessengemeinschaften;
 - ix. Förderung von Bildung, Ausbildung und Übungen;
 - x. Stärkung effektiver Cyber-Partnerschaften mit der Wirtschaft, Wissenschaft, Partnerländern und weiteren internationalen Organisationen, insbesondere der EU als Teil der Strategischen Partnerschaft NATO-EU;
- d. ernsthaft zu erwägen, auf freiwilliger Basis defensive und offensive Cyber-Mittel für NATO-Operationen zur Verfügung zu stellen, sofern dies nicht bereits zugesagt wurde;

Cyber-Abschreckung

- e. weiter ihre Entschlossenheit und Glaubwürdigkeit bei der Abschreckung von Cyberangriffen zu signalisieren;
- f. an einer Politik der Cyberabschreckung festzuhalten, bei der die Schwelle, ab der ein Cyberangriff als bewaffneter Angriff gewertet wird, und die möglichen kollektiven Antworten beim Überschreiten dieser Schwelle im Unklaren gelassen werden;
- g. sich weiter durch einen klaren Datenaustausch und Einsatz auf diplomatischer Ebene, ein hohes Maß an Transparenz bei den Cyberfähigkeiten und der Cyberpolitik und eine Förderung der Normentwicklung und vertrauensbildender Maßnahmen im Cyberspace um eine Verringerung der Eskalationsrisiken zu bemühen;

Fortlaufende Cyber-Kampagnen

- h. das langfristige strategische Risiko durch anhaltende Cyberkampagnen zu erkennen und die Konsultationen innerhalb des Bündnisses und mit den Partnern, die eine Mitgliedschaft anstreben, zu vertiefen;
- i. anhaltenden Cyberkampagnen durch die richtige Mischung aus Sicherheit, Abwehr und Abschreckung zu begegnen, darunter durch verbesserte zivile Vorsorge und Resilienz;
- j. böswillige Cyber-Aktivitäten, sofern möglich, rechtzeitig und in koordinierter Weise zuzuordnen und gleichzeitig die Souveränität der Regierungen zu achten sowie
- k. ihre Strategien zur Abwehr hybrider Bedrohungen weiter zu verfeinern.

